Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 526.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85. Donnerstag, den 12. April 1917. 24. Jahrg.

Die Aufgaben der Uebergangswirtschaft.

Von Paul Umbreit.

3. Die Arbeitsvermittelung.

Zu den Vorbereitungen, die fertig sein müssen, ehe die Entlassung der Heeresteilnehmer in die Heimat erfolgt, gehört schließlich noch die Arbeitsnachweisorganisation. Die Gewerkschaften aller Gruppen haben schon im März 1915 in einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag auf diese Notwendigkeit hingewiesen und eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittelung verlangt. „Die Erfahrungen in der Arbeitsvermittelung", heißt es in jener Eingabe, „besonders seit dem Kriegsausbruche, haben große Mängel des Arbeitsnachweises dargetan, die eine energische Reform im Interesse unserer gesamten heimischen Volkswirtschaft notwendig erscheinen lassen. Diese Reform muß schon jetzt während des Krieges in Angriff genommen werden, da nach Beendigung des Krieges für Millionen von Arbeitern, die aus dem Militärverhältnis heraustreten, Beschäftigung gefordert wird. Für die Bewältigung dieser Aufgabe ist eine geordnete Arbeitsvermittelung notwendig." In der Eingabe wurde eine Neuorganisation des Arbeitsnachweises, möglichst mit beruflicher Gliederung und unter paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammengesetzter Verwaltung verlangt, die einem Arbeitsamt für jede größere Gemeinde, bez. für den Bezirk kleinerer Gemeinden zu unterstellen sind. Diesen Arbeitsämtern obliegt der Ausgleich zwischen überschüssigen Stellen und Stellengesuchen der einzelnen Arbeitsnachweise, ferner die Statistik der Arbeitsvermittelung und Arbeitslosigkeit, auch sollen sie als Meldestellen für die Krankenversicherung benutzt werden. Weiterhin waren Bezirks, bezw. Landesarbeitsämter und ein Reichsarbeitsamt vorgesehen. Alle diese Arbeitsämter sollten zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter auf Grund der Verhältniswahl gewählt werden und der Leitung unparteiischer Vorsitzender unterstehen. Die Arbeitsvermittelung sollte unentgeltlich sein. Für Arbeitsnachweise von Tarifgemeinschaften soll die Arbeitsvermittelung auf tarifliche Arbeitsbedingungen beschränkt werden können. Die Organisationsfreiheit des einzelnen Arbeitgebers oder Arbeiters sollte in keinem Falle beschränkt werden.

Der Deutsche Reichstag stimmte diesen gewerkschaftlichen Forderungen mit großer Mehrheit zu. Die Reichsregierung trug jedoch Bedenken, in die freie Entwickelung des Arbeitsnachweises durch Reichsgesetz einzugreifen, besonders aus ängstlicher Rücksichtnahme auf die Arbeitgebernachweise. Sie begnügte sich mit der Herbeiführung eines Zusammenwirkens aller bestehenden Arbeitsnachweise durch Anschluß an Zentralauskunftsstellen, Herausgabe eines Adressenverzeichnisses der Arbeitsnachweise, Einführung der Meldepflicht für die nicht ermittelten Stellen und mit der Herbeiführung der Zusage seitens der Arbeitgeberverbände, bemüht zu sein, daß die heimkehrenden Krieger, soweit als möglich, wieder in ihre alten Stellen aufgenommen werden. Dabei blieb es vorerst, ohne daß während der weiteren Fortdauer des Krieges etwas Ernstliches zur Vervollkommnung der Arbeitsvermittelung geschah. Noch bei der Einführung des Hilfsdienstgesetzes war erst ein kleiner Teil der Zentralauskunftsstellen errichtet und auch diesen standen ganze Gruppen von Arbeitsnachweisen fern. Hier machte freilich das Kriegsamt im Interesse einer geregelten Arbeitsvermittelung für den Hilfsdienst kurzen Prozeß und ordnete die Errichtung solcher Zentralstellen einfach an. Und es bedurfte einer besonderen Bundesratsverordnung im Juni 1916, um die Landeszentralbehörde zu ermächtigen, Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Errichtung öffentlicher unparteiischer Arbeitsnachweise zu verpflichten, wobei der Bundesrat obendrein vermied, für diese Nachweise eine paritätische Verwaltung zu fordern.

Nun ist ja zu hoffen, daß die Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstes, diese außergewöhnliche Mobilmachung des gesamten Arbeitsmarktes manche tatsächliche Reform der Arbeitsvermittelung erzwingen wird, sowohl zur Ausfüllung aller örtlichen Lücken, als auch hinsichtlich der Zentralisation und des Zusammenwirkens aller Vermittelungsstellen. Aber es kommt doch schließlich in den entscheidenden Tagen, Wochen und Monaten darauf an, daß das ganze System möglichst sicher und ohne Reibung funktioniert, daß nicht Dutzende von Arbeitsnachweisen am gleichen Orte und mehrere für den gleichen Beruf, anstatt miteinander zu wirken, gegeneinander arbeiten, und daß der heimkehrende Krieger für die Mängel der Arbeitsvermittelung mit wochenlanger Arbeitslosigkeit gestraft wird. Das ist aber gerade bei dem gegenwärtigen Wirrwarr der Arbeitsnachweise, bei dem an einem Ort Dutzende von Vermittelungsstellen und an hundert Orten keine einzige besteht, zu befürchten, und deshalb war auch das Verlangen der Gewerkschaften nach einem gesetzlichen Zwang zur Errichtung öffentlicher, paritätischer Arbeitsnachweise durchaus gerechtfertigt und der einzig wirksame Weg, eine geordnete Arbeitsvermittelung zu schaffen. Auf die paritätische Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises muß dabei das Hauptgewicht gelegt werden, aus dem einfachen Grunde, weil ein paritätischer Arbeitsnachweis das natürliche Uebergewicht über die einseitigen Nachweise erlangt und zum allmähligen Abbau der letzteren führen muß, während die bloße Neutralisierung der Arbeitsvermittelung unter bureaukratischer Verwaltung den sachlichen Bedürfnissen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeiter selten gerecht wird und geradezu zur Errichtung einseitiger Sondernachweise drängt.

Nun ist es wohl selbstverständlich, daß die Gewerkschaften während der Zeit der Uebergangswirtschaft nicht ohne Not eigene Sondernachweise ins Leben rufen, sondern ihre Kräfte für die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise einsetzen. Wohl aber kann ein solches einseitiges Vorgehen seitens gewisser Arbeitgebergruppen erwartet werden, soweit es nicht gelingt, sie im gemeinnützigen Interesse davon abzubringen. Es dürfte deshalb empfehlenswert sein, die bestehenden Arbeitsgemeinschaften möglichst auf die Arbeitsvermittelung durch Errichtung paritätischer Facharbeitsnachweise auszudehnen, ebenso sollte der Versuch gemacht werden, die Arbeitsvermittelung im Rahmen der Tarifverträge zu regeln. Das gemeinsame Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter an der glatten Durchführung der Uebergangswirtschaft dürfte manche früheren Hemmnisse in dieser Hinsicht leichter überwinden. Die rasche Zuführung von Arbeitskräften dient ebenso sehr dem Interesse der Unternehmer, als dem der Arbeiter und besonders die Vermittelung qualifizierter Facharbeiter ist für die Wiederaufnahme ihrer Betriebe eine der wichtigsten Vorbedingungen.

Auf den örtlichen Arbeitsnachweisen ruht die Hauptlast der Arbeitsvermittelung; deshalb ist auf ihre befriedigende Wirksamkeit das Hauptgewicht zu legen. Die Zentralauskunftsstellen sollen dem Ausgleich dienen, indem sie die Meldungen aller überschüssigen Arbeitsgesuche und Arbeitsangebote in Empfang nehmen und innerhalb ihres Bezirks zwischen Angebot und Nachfrage vermitteln. Aber sie können noch ein Weiteres tun, nämlich einen Ueberblick über die gesamte Arbeitsmarktlage ihres Bezirkes schaffen und durch dessen Bekanntgabe den Zustrom der Arbeitskräfte an die richtigen Arbeitsnachweise verteilen. Das ist besonders für die Uebergangswirtschaft wichtig, die mit längerem Stillegen einzelner Industrien und mit starkem Arbeitsbedarf anderer Berufsgruppen rechnen muß. Was hilft es z. B. daß der vom Heeresdienst entlassene Handschuhmacher oder Kürschner sich wochenlang bei seinem Berufsnachweis meldet, der ihm keine Arbeit vermitteln kann, weil noch keine ausreichenden Rohstoffe zur Arbeit vorhanden sind. Dafür muß die Zentralauskunftsstelle genau darüber orientiert sein, welche öffentlichen Arbeiten im Bezirk ausgeführt werden und welche Industrien und Betriebe mit öffentlichen Lieferungen beschäftigt sind, in welchen Berufen sonst Arbeitskräfte notwendig sind und welche Arbeiten sich für Angehörige stillgelegter Berufe eignen würden. Nicht minder muß sie genau informiert sein über die Zahlenverhältnisse der in ihrem Bezirke unterzubringenden Arbeitskräfte, über die Jugendlichen und Arbeiterinnen, sowie weiblichen Angestellten, über den Umfang der zu ersetzenden Kriegswirtschaft einschließlich des Hilfsdienstes, der Gefangenenbeschäftigung, über die Zahl der zu entlassenden Arbeiterinnen, die männlichen Arbeitskräften Platz machen müssen, sowie über die Zahl der für ihren Bezirk zuständigen Heeresentlassenen. Auf der Grundlage dieses Materials haben die Zentralauskunftsstellen sich einen möglichst klaren Ueberblick über die Lage des Arbeitsmarktes und geeignetsten Maßnahmen zur Plazierung der Arbeitskräfte zu verschaffen. Das gilt nicht bloß für Gewerbe, Industrie und Handel, sondern auch für die Landwirtschaft. Würde die Reichsregierung Arbeitsämter errichten, so wäre es deren Aufgabe, die gesamten Arbeitsmarktverhältnisse zu beobachten und diese Erfahrungen im Interesse der Arbeitsvermittelung zu verwerten, während nunmehr die Zentralauskunftsstellen im Interesse der Uebergangswirtschaft sich dieser Wirksamkeit widmen müssen.

Dagegen ist eine Reichszentrale als Spitze des Arbeitsnachweissystems unentbehrlich und es sollte schon jetzt mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß für die Stelle, die jetzt für die Kriegswirtschaft das Kriegsamt einnimmt, ein Reichsamt geschaffen wird, um regelnd in die Ordnung der Arbeitsvermittelung einzugreifen, zwischen den verschiedenen Zentralauskunftsstellen auszugleichen, allgemeine Fragen der Arbeitsvermittelung zu lösen und die Grundsätze über die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte zu regeln. Wir hoffen, daß der Reichstag erneut einen ernstlichen Vorstoß zur Schaffung eines solchen Reichsamtes unternimmt.

Zu den allgemeinen Fragen der Arbeitsnachweise gehören die Gewährung von Erleichterungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr und der Zwischenverkehr der Arbeitsnachweise und Zentralauskunftsstellen und von Fahrtvergünstigungen für die nach auswärts vermittelten Kriegsteilnehmer zur Erreichung ihres Arbeitsortes. Ueber die Notwendigkeit solcher Erleichterungen bedarf es keiner weiteren Begründung.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist während der Uebergangswirtschaft natürlich tunlichst einzuschränken, damit nicht Kriegsteilnehmern die Arbeitsgelegenheit genommen wird. Das erstreckt sich auch auf die zurzeit in der Kriegswirtschaft beschäftigten Ausländer (Polen, Belgier usw.) Auf keinen Fall aber dürfen ausländische Arbeiter angeworben und eingeführt bezw. zugelassen werden, sofern es nicht nachweisbar für den betreffenden Beruf an einheimischen Arbeitern fehlt. Ueber die Zulassung hätten dann die Zentralauskunftsstellen, nach Anhörung der Wirtschaftsverbände der Arbeitgeber und Arbeiter des betreffenden Gewerbes zu entscheiden, während das Reichsarbeitsamt oder eine Reichszentrale die Grundsätze regeln muß, unter denen die Beschäftigung ausländischer Arbeiter während der Uebergangswirtschaft erfolgen darf. Selbverständlich verlangt es das Interesse der einheimischen Arbeiterschaft, daß die Ausländer im Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht nicht anders behandelt und auch nicht schlechter entlohnt werden, als der deutsche Arbeiter.

Rußlands Kriegsziele.

Die provisorische Regierung Rußlands hat über die von ihr verfochtenen Kriegsziele eine Erklärung erlassen, die wohl nicht mit Unrecht als eine bedeutungsvolle bezeichnet werden kann. Bringt sie doch im Gegensatz zu früheren Erklärungen Miljukoffs und seiner Freunde zum Ausdruck, daß Rußland nicht die Absicht hat, zu annektieren, daß es vielmehr lediglich einen **Verteidigungskrieg** führt. Weiter aber ist diese Kundgebung insofern von nicht zu unterschätzender Bedeutung, als sie die **Entscheidung über die Beendigung des Krieges dem Volke überläßt.**

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Nach einer Prüfung der militärischen Lage des russischen Staates hat die provisorische Regierung sich entschieden, um ihre Pflicht zu genügen, dem Volke offen und direkt die ganze Wahrheit zu sagen. Die jetzt gestürzte Regierung ließ die Landesverteidigung in dem Zustand schwerer Unordnung. Durch ihre sträfliche Untätigkeit und ungeschickten Maßnahmen brachte sie Unordnung in unsere Finanzen, in das Verpflegungs- und Transportwesen und die Munitionsversorgung der Armee. Sie erschütterte unsere ganze wirtschaftliche Organisation. Die provisorische Regierung verwandte mit lebhafter und tätiger Unterstützung des ganzen Volkes alle Kräfte dazu, diese schlimmen Folgen des alten Regimes zu beseitigen. Aber die Zeit drängt. Das Blut zahlreicher Söhne des Vaterlandes floß im Verlauf dieser langen 2½ Jahre des Krieges reichlich. Trotzdem steht das Land immer noch einem mächtigen Gegner gegenüber, der ganze Länder unseres Staates besetzt hält und gerade jetzt, in den Geburtstagen der russischen Freiheit, diese von neuem bedroht.

Die Verteidigung unseres eigentlichen nationalen Vaterlandes um jeden Preis und die Befreiung des Landes von dem Feinde, der über unsere Grenzen drang, bilden die hauptsächlichste und wichtigste Aufgabe unserer Krieger, die die Freiheit des Volkes verteidigen. Die provisorische Regierung überläßt es dem Willen des Volkes, in enger Gemeinsamkeit mit unseren Verbündeten, alle den Weltkrieg und seine Beendigung betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden, hält es aber für ihr Recht und ihre Pflicht, schon jetzt zu erklären, daß das freie Rußland nicht das Ziel hat, andere Völker zu beherrschen, ihnen ihr nationales Erbe wegzunehmen und gewaltsam fremdes Gebiet zu besetzen, daß es vielmehr einen dauerhaften Frieden auf Grund des Rechtes der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, herbeiführen will. Das russische Volk erstrebt nicht die Steigerung seiner äußeren Macht auf Kosten anderer Völker und nicht das Ziel, irgendein Volk zu unterjochen oder zu erniedrigen. Namens der Gleichheit entfernte es die Ketten, die auf dem polnischen Volke lasteten. Aber das russische Volk wird nicht zugeben, daß sein Va-

terland aus dem großen Kampf erniedrigt und erschüttert in seinen Lebensbedingungen hervorgeht. Diese Grundsätze werden die Grundlage der äußeren Politik der provisorischen Regierung bilden, die den Volkswillen unfehlbar zur Ausführung bringt und die Rechte unseres Vaterlandes schützt, wobei sie die Verpflichtungen, die wir gegen unsere Verbündeten eingegangen sind, einhält.

Die provisorische Regierung des befreiten Rußlands hat nicht das Recht, dem Volke die Wahrheit vorzuenthalten. Das Vaterland ist in Gefahr. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um es zu retten. Möge das Land auf diese Wahrheit nicht mit unfruchtbarer Niedergeschlagenheit, nicht mit dem Zustand der Entmutigung antworten, sondern mit Schwung, um einen einheitlichen nationalen Willen zu schaffen. Das wird uns neue Kräfte für den Kampf verleihen und wird uns Heil bringen. Möge die Stunde harter Prüfung das ganze Land kräftig genug finden, um die eroberte Freiheit zu sichern und um sich unermüdlicher Arbeit zu widmen zum Wohle des freien Rußlands. Die provisorische Regierung, die den feierlichen Eid ablegte, dem Volk zu dienen, hat die feste Ueberzeugung, daß mit allgemeiner, bisher unbekannter Unterstützung aller sie selbst imstande sein wird, ihre Pflicht gegen das Land bis zum Ende zu erfüllen.

(Gez.) Präsident des Ministerrats Fürst Lwow.

Diese Erklärung, die ganz wesentlich von den Plänen der Annexionisten abrückt, verdankt ihre Entstehung zweifellos dem wachsenden Einfluß der Arbeiterschaft, die immer lauter und vernehmlicher ihre Forderungen erhebt. Wie der Petersburger „Times"-Korrespondent seinem Blatte meldet, veröffentlichte der Ausschuß der Arbeitervertreter in seinem Organ eine Reihe von Beschlüssen, die nicht ohne Einfluß auf die jetzige Regierung geblieben sein dürften. Der Arbeiterausschuß kündigt die Gründung einer „Kommission für auswärtige Angelegenheiten" an, die die Beziehungen zum Ausland unterhalten und unmittelbare Verhandlungen mit dem Feinde anknüpfen soll. Zu diesem Zweck begibt sich eine Abordnung nach Stockholm. Gleichzeitig wird ein Sonderkurierdienst zwischen Rußland und Schweden eingerichtet werden. Der Ausschuß verlangt weiter, daß seine Vertreter mitberatende Stimme an den Entschlüssen der russischen obersten Heeresleitung haben müssen.

Der Text der Resolutionen enthält unter anderem folgendes:

1. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten, die dem Arbeiterausschuß angegliedert ist, muß einen Vertreter in der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur unterhalten.

2. Dieser Vertreter sendet selbständig Berichte an die auswärtige Presse und kontrolliert alle übrigen die Agentur verlassenden Meldungen.

3. Streitigkeiten zwischen der Agentur und diesem Kommissar werden zur Schlichtung einem gemischten Ausschuß überwiesen, der aus Vertretern der augenblicklichen Regierung und des Arbeiterausschusses gebildet wird.

In vier weiteren Artikeln verlangt der Ausschuß die sofortige Eröffnung von Friedensunterhandlungen zwischen allen Kriegführenden und eine starke Propaganda bei der Masse zwecks sofortiger Beendigung des Krieges. Die Fortsetzung des Krieges kommt nur der Bourgeoisie zugute.

Der Ausschuß weist ausdrücklich darauf hin, daß diese Grundsätze die Meinung der Abgeordneten der Soldaten darstellen, wie sie von 100 Divisionen und anderen Formationen der Front angenommen worden sind. Die tätige Verteidigung des Landes soll nicht unterbrochen werden, kann aber andererseits nicht darauf einwirken, die Gründung eines Bureaus für Friedenszwecke in Stockholm zu verhindern. Der Ausschuß nimmt das Recht für sich in Anspruch, unzensierte Briefe und Telegramme zu versenden und einen eigenen Kurierdienst zu unterhalten. Der Ausschuß fordert weiterhin, daß die Tätigkeit des Generalstabes durch den Ausschuß der Soldatenvereinigung kontrolliert werde.

Wie tiefgehend übrigens der Zwiespalt zwischen der provisorischen Regierung und Tscheidzes Komitee der Arbeiter und Soldaten ist, beweist nicht bloß die auf Wunsch der ersteren gebildete große militärische Schutzwache, sondern auch das Erscheinen einer Abordnung der ehemaligen kaiserlichen Garde bei Tscheidze. Darüber berichtet der Petersburger Korrespondent des „Petit Parisien": Die Abordnung, bestehend aus zwei Offizieren und fünfzehn Soldaten, wollte zunächst von Tscheidze Aufklärung darüber haben, warum ein Teil der Petersburger Garnison noch nicht dazu aufgefordert worden sei, in die Regierung einzutreten, entgegnete Tscheidze zu leisten. Tscheidze erwiderte, es bedürfe hierzu noch der Verständigung mit dem Vollzugsausschuß. Im übrigen versprach Tscheidze, daß einige Abteilungen jener Regimenter an die Front abgehen würden. Auf die weitere Frage, ob Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenkomitees angeboten worden sei, in die Regierung einzutreten, entgegnete Tscheidze: „Wir ziehen es vor, die Handlungen der provisorischen Regierung zu kontrollieren." Die letzte Frage zielte darauf ab, ob der Vollzugsausschuß der Arbeiter und Soldaten die Regierung antreibe. Die Antwort lautete: „Derzeit nicht, aber die Möglichkeit, daß wir die Leitung der Geschäfte übernehmen, ist nicht ausgeschlossen."

Immer neue Gegner.

Nach einer Reutermeldung aus Buenos Aires wurde eine amtliche Erklärung erlassen, in der es heißt: Die argentinische Regierung hat sich der Auffassung der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland angeschlossen.

Die „Berliner Blätter" berichten: Die englandfreundliche „Neue Korrespondenz" drahtet aus Rio de Janeiro, daß Bolivien dem Beispiel Brasiliens folgen und Deutschland den Kriegerklärer werde. Unter den 20 000 Deutschen des Staates Rio Grande herrscht im Vorgefühl der nahenden Entscheidung größte Unruhe und Erregung.

Die „Norddt. Allgem. Ztg." schreibt: Der hiesige kubanische Gesandte überreichte dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Note, in der er, dem erhaltenen Auftrage gemäß, mitteilt, daß seine Regierung die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche abbricht und sich mit ihm als im Kriegszustand befindlich betrachtet.

Der „Petit Parisien" vernimmt aus Washington: Die Republik Kuba wird eine Armee von 10 000 Mann ausheben, die unter die Leitung der Vereinigten Staaten gestellt wird.

Nach einer Meldung aus Santiago de Chile wird dort versichert, daß Chile seine Neutralität beibehalten wird, solange es nicht Gegenstand von direkten Angriffen sei.

Baseler Blättern zufolge meldet die Agentur Havas, daß die Türkei die diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten abgebrochen und sich mit ihnen als im Kriegszustand befindlich erklärt habe.

Allerlei verbürgte Tatsachen

Das Deutsche Reich hat sich verpflichtet, den hohen Zinssatz seiner Kriegsanleihen vor dem Jahre 1924 nicht herabzusetzen. Selbst nach dieser Zeit muß dem Inhaber zuvor Zurückzahlung zum vollen Nennwert angeboten werden. Wann hat je das Reich sein verpfändetes Wort gebrochen?

Weder Zwangsmaßregeln irgendwelcher Art, noch Beschlagnahmungen von Sparkassen- und Bankguthaben sind beabsichtigt oder auch nur in Aussicht genommen. Die Drohung mit dem Zwang können wir getrost den Engländern überlassen. Das deutsche Volk, das seinem Vaterland bisher schon 47 Milliarden freiwillig dargebracht hat, hat wahrlich weder Zwang zu befürchten noch Zwang verdient.

Eine Sondersteuer auf die Kriegsanleihe wird niemals erhoben werden. Es ist eine hirnverbrannte Torheit, zu glauben, das Reich würde denen, die ihm in schwerer Not geholfen haben, dafür sogar noch eine Strafe auferlegen. Viel berechtigter wäre es, nach dem Krieg jenen eine nachdrückliche Steuer aufzubürden, die sich von der Beteiligung an den Kriegsanleihen zurückgehalten haben, obwohl ihnen ihr Einkommen und ihr Vermögen die Zeichnung gestattet hätte.

Die Darlehnskassen werden nach dem Krieg noch eine Reihe von Jahren – mindestens vier oder fünf – bestehen bleiben und für die Beleihung von Wertpapieren zur Verfügung stehen. Sie werden durch maßvolle Zinssätze auch im Frieden die allmähliche Abtragung der für Kriegsanleihezeichnungen aufgenommenen Darlehen erleichtern. Man kann also jederzeit das in Kriegsanleihe angelegte Kapital in Bargeld umsetzen.

Ein Kursniedergang, der mit dem inneren Wert der Kriegsanleihen nicht übereinstimmt, wird niemals eintreten. Es sind wirksame Vorkehrungen getroffen und gründliche Maßnahmen vorbereitet, auch bei einem etwaigen plötzlichen Andrang sehr großer Mengen von Verkaufsaufträgen in den ersten Friedensjahren einen Kurssturz zu verhindern und unmöglich zu machen.

Du hast also keinen Grund ängstlich zu sein und Dein Geld brachliegen zu lassen. Dein deutsches Vaterland ist der sicherste Schuldner der Welt.

Zeichne Kriegsanleihe!

Vom Tage.

An und östlich der Linie Souchez-Neuville-Vitasse tobten auch noch weiter lebhafte Kämpfe. Wie selbst englische Berichte betonen, wurde der englische Angriff bei Arras unter dem Einsatz von Artillerie begonnen, der alles bisher Dagewesene übertraf. Es wurde auch Gas abgeblasen. Durch die gutliegende, äußerst starke englische Fernsperre wurden Teile der deutschen Besatzung in den vordersten Gräben vollkommen abgeschnitten. Der Verlust der beherrschenden Höhenrücken in der vorderen Linie, die vom englischen Artilleriefeuer systematisch abgeriegelt worden waren, machte in einigen Stellen ein Ausweichen bis 4 Kilometer notwendig. Die Geschütze, die dem nachstoßenden Gegner überlassen werden mußten, wurden unbrauchbar gemacht und gesprengt. Bei Givenchy en Gohelle und an der Vimy-Höhe griffen die Engländer gegen 3 Uhr nachmittags an, wobei sie kleine örtliche Vorteile errangen. Ein englischer Angriff bei Farbus am Fuße eines Ausläufers der Vimy-Höhen, zwei Kilometer südöstlich des Dorfes Vimy, scheiterte indessen vollkommen. Weiter südlich trugen die Engländer seit Mitte April schwere Angriffe unter Einsatz dichter Massen und Sturmhaufen gegen unsere Linie an der Straße Arras-Cambrai vor, die sämtlich ergebnislos verliefen und dem Gegner schwere Verluste kosteten. Ein Engländernest wurde mit Verlust von 80 Toten für den Feind gesäubert. Südöstlich Arras versuchte der Feind, die schon im Herbst 1915 für ihn verhängnisvoll gewordene Taktik zu wiederholen, indem er voreilig starke Kavalleriemassen versammelte. Sie wurden durch gutliegende Feuergarben zersprengt. Auch weiter südöstlich, bei Bullescourt, wurde ein Angriff zweier englischer Bataillone nach starker Artillerievorbereitung unter schweren Verlusten restlos abgewiesen und Gefangene eingebracht. Aus dem Bericht von Douglas Haig geht hervor, welche besondere Wichtigkeit er den Vimy-Höhen beimißt. Man dürfte dort daher die schwersten Kämpfe erwarten. Bezeichnend ist es, daß er, seinem eigenen Berichte zufolge, gerade an dieser Stelle die kanadischen Hilfstruppen einsetzte.

Das im letzten Heeresbericht südöstlich Ypern gemeldete Unternehmen fand beiderseits der Eisenbahn Comines—Ypern nach lebhafter, ausgezeichnet liegender Artillerie- und Minenwerfervorbereitung statt. Unsere Mineure sprengten während ihres 1½stündigen Aufenthalts in der feindlichen Stellung zwölf flache Stollen, einen Senkschacht von 12 Meter Tiefe und einige Wohnstollen. Die feindliche Stellung wurde auch sonst nachhaltig zerstört. Die englischen Verluste wurden von den Offizieren, die reichlich Zeit hatten, sich in der Stellung umzusehen, auf etwa 350 Mann allein an Toten geschätzt.

*

Im englischen Unterhaus verlangte der Radikale Byles Auskunft, ob Lloyd George der Erklärung des Grafen Czernin, daß die österreichisch-ungarische Monarchie jederzeit bereit sei, einer Friedenskonferenz beizutreten, genügend Bedeutung beigelegt habe, ob ferner die Regierung bereit sei, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, um so weiteres Blutvergießen zu verhindern. Minister Bonar Law erklärte, es sei nichts bekannt, daß der Entente ein ehrenvoller Friede von den Zentralmächten angeboten worden sei. Darauf erklärte Byles nochmals: Wenn wir wollen, können wir morgen Frieden haben. Zwischenruf: Jawohl, einen deutschen Frieden. Bonar Law sagte: Es ist richtig, wir können Frieden haben, wir brauchen nur die Waffen zu strecken. Ein anderes radikales Mitglied, Outhwaite, fragte, ob die Entente beabsichtige, Oesterreich-Ungarn zu zerstören, wie die deutsche Junkerpartei behaupte, die dies aber nur behaupte, um den Friedenstreibereien der Sozialdemokratie ein Ende zu machen. Bonar Law verwies auf die Antwort, die die Entente seinerzeit auf Wilsons Friedensnote gegeben habe und sagte, er habe der damaligen Antwort auch heute nichts hinzuzufügen.

*

In Dublin sind erneute Unruhen ausgebrochen. Zahlreiche junge Leute trugen die Abzeichen der Sinnfeiner. Tagsüber bildeten sich viele Ansammlungen, die eine bedrohliche Haltung annahmen. Polizei und Soldaten wurden mit Steinen beworfen. Dank der Polizeiorganisation kam es jedoch zu keinen schweren Zusammenstößen. In der Sackville-Street bildete sich ein Demonstrationszug von Frauen mit Fahnen. Es wurden Lieder zu Ehren der Opfer der Revolution gesungen. Die Tätigkeit der Polizei wurde durch die Tatsache erschwert, daß das Publikum mit den Aufständischen sympathisierte. Gegen Abend war die Ruhe vollständig hergestellt.

*

Infolge der Seesperre sind in Stockholm die Brotrationen weiter eingeschränkt worden. Jede Person erhält zukünftig täglich 200 Gramm Mehl oder 160 Gramm hartes oder 230 Gramm weiches Brot. Weiter werden alle im Lande befindlichen Vorräte an Mais, Reis, Maismehl und Reismehl beschlagnahmt. Die schwedischen Baumwollfabriken, die insgesamt 10 000 Arbeiter beschäftigen, sind wegen des Ausbleibens von Rohprodukten gezwungen, ihre Tätigkeit wesentlich einzuschränken.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 11. April, abends. (Amtlich.)

Bei Fampoux, nördlich der Scarpe, sind englische Infanterieangriffe, bei Roeux mehrere Kavallerieattacken verlustreich gescheitert.

Bei Monchy und Wancourt auf dem Süduser tagsüber für uns günstig verlaufene Kämpfe.

Oestlich von Boullescourt und bei Hargicourt, nordwestlich von St. Quentin, wurden 1000 Engländer mit 25 Maschinengewehren gefangen.

Von Soissons bis Reims sehr starker Feuerkampf.

Im Osten und in Mazedonien nichts Besonderes.

*

WTB Wien, 11. April. (Amtlich).

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Ein k. u. k. Flieger schoß im Luftkampf über Galatz ein russisches Nieuwport-Flugzeug ab.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Josef.

Im Belas-Gebiet wurden feindliche Vorstöße zurückgewiesen. Unsererseits rege Patrouillenarbeit.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die russische Artillerietätigkeit nahm stellenweise zu. Sonst nichts zu melden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerietätigkeit an der küstenländischen Front war gestern im allgemeinen lebhafter und hielt an manchen Stellen auch die Nacht an. Im Gebiet des Etsch-Tales und Garda-Sees setzten die Italiener ihr Zerstörungsfeuer gegen unsere Ortschaften beharrlich fort.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Albaner-Abteilungen überfielen mit vollem Erfolg die italienischen Vorposten nördlich von Pepeloni.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Heeresbericht vom 10. April, nachmittags. Nördlich der Oise zeigte sich die feindliche Artillerie weniger tätig als in den vorhergehenden Tagen. Patrouillengefechte und Gewehrfeuer in der ersten Linie. Südlich der Oise machten wir Fortschritte östlich vom unteren Walde von Couci. Ziemlich lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von Soissons, besonders im Abschnitt von Laffaux. Südöstlich von Reims wiesen wir einen Handstreich auf einen unserer Gräben nördlich Flirey ab. In der Champagne Handgranatenkampf westlich der Maisons de Champagne.

Abends: Nördlich der Oise war die Artillerie zu beiden Seiten rege. Südlich der Oise führten unsere Batterien ein Zerstörungsfeuer gegen die deutschen Werke östlich Couci aus. Südlich der Aileite beschoß der Feind unsere Stellungen im Abschnitt Neuville sur Margival heftig. Auf dem linken Maasufer in der Richtung auf Bathincourt nahmen wir einen Eisenbahnzug unter Feuer unserer Geschütze und zerstörten ihn völlig. Bei den letzten Luftkämpfen brachte Unterleutnant Regnier seinen 5., Adjutant Donchy seinen 6. feindlichen Apparat zum Absturz.

Englischer Heeresbericht vom 10. April. Während der Nacht wurde am nördlichen Ende des Vimy-Rückens, wo der Feind noch standhielt, heftig gekämpft. Der Feind wurde aus seiner Stellung geworfen. Ein Gegenangriff des Feindes mißglückte. Der Ostabhang des Vimy-Rückens wurde gesäubert; Gegenangriffe zurückgewiesen. Unsere Truppen nahmen Fampaux und die Verteidigungswerke nördlich und südlich von der Scarpe. Gestern wurden über 9000 Gefangene gemacht und 40 Kanonen erbeutet. In der Gegend St. Quentin wurde der Feind vom hochgelegenen Gelände zwischen Loergies und Hergicourt vertrieben. Der Kampf dauert auf der ganzen Front fort. Nach intensiver Beschießung unternahm der Feind in der letzten Nacht auf einem schmalen Frontabschnitt südöstlich Ypern einen heftigen Angriff. Er vermochte bis zu unseren Verbindungslinien durchzudringen, wurde aber unter Hinterlassung von Toten wieder vertrieben.

General Haig berichtet vom 10. April: Unsere Operationen wurden heute trotz mehrerer Schneestürme und im allgemeinen ungünstigem Wetter energisch fortgesetzt. Wir erreichten die Ränder von Mauhy le Preux, fünf Meilen südöstlich Arras, und säuberten Farbus und das Gehölz von Farbus. Heute nachmittag wurde am nördlichen Ende des Vimy-Rückens wieder hart gekämpft. Wir eroberten weitere wichtige Stellungen und nahmen eine Anzahl Maschinengewehre und Gefangene. In der Richtung auf Cambrais schoben wir unsere Linie nördlich des Dorfes Lonvitol vor. Gegenangriffe, die der Feind an verschiedenen Stellen unserer Front versuchte, hatten keinen Erfolg. Die Zahl der von uns, seitdem gestern früh der Angriff begann, gemachten Gefangenen übersteigt jetzt 11 000, einschließlich 235 Offiziere. Wir erbeuteten auch über 100 Geschütze, darunter schwere Geschütze bis zu acht Zoll Kaliber, 60 Laufgrabenmörser und 163 Maschinengewehre. Unsere Aeroplane verrichteten gestern beim Zusammengehen mit unserer Infanterie wertvolle Arbeit und verursachten an mehreren Stellen mit Maschinengewehrfeuer unter den feindlichen Verstärkungen Verluste. Luftangriffe wurden ausgeführt, bei denen auf einer großen Eisenbahnstation, die vom Feinde verwendet wird, eine Anzahl Treffer erzielt und drei Eisenbahnzüge zerstört wurden. In Luftgefechten wurden drei deutsche Aeroplane zerstört und vier andere zum Niedergehen gezwungen. Eins unserer Maschinen wird vermißt.

Rußland.

Die brennendste Frage.

In der „Nowoje Wremja" schreibt Jurijewski: Die akuteste Frage ist augenblicklich die Verpflegung. Das Getreide ist wohl vorhanden, aber vielfach noch nicht gedroschen, außerdem wurden viele Kornböden, zumal in Sibirien, infolge der Transportkrise in Rußland vom Verbrauch abgeschnitten. Man darf sich selbst nicht etwas vormachen und die Augen vor dem Ernst des Augenblicks verschließen. Eine kritische Periode sind die Monate März und April (russischen Stils) wegen der Wegelosigkeit des Frühjahrs. In der darauffolgenden Aussaat wird kein Bauer ein Pud Getreide zur Station schaffen können. Das einzige, was helfen kann, ist die energischste Propaganda in Schrift und Wort seitens der Duma. Der Aufruf der Duma muß von den Geistlichen in den Dorfkirchen verlesen und erläutert werden.

Der Seekrieg.

Die Kaperfahrt des „Seeadler".

Ueber die Kaperfahrt des deutschen Hilfskreuzers „Seeadler" im Atlantischen Ozean, von dem die französische Bark „Cambronne" 285 Mann von 11 durch den Hilfskreuzer versenkten Schiffen an Gefangenen am 31. März in Rio de Janeiro landete, melden die „Times" noch folgende Einzelheiten:

Der neue Kreuzer ist eine gekaperte amerikanische Bark, die im August 1915 mit einer Ladung Baumwolle von Neuyork nach Archangelsk unterwegs war und bei dieser Gelegenheit von deutschen Kaperschiffen nach Kuxhaven aufgebracht worden ist. Der „Seeadler", ein Schiff von ungefähr 2000 Tonnen, hat eine Besatzung von 64 Matrosen, sowie 2 Kanonen, 16 Maschinengewehre und eine große Menge Munition an Bord. Das Schiff führt drei Masten. Die „Korngarth", eines der durch „Seeadler" versenkten Schiffe, hatte 500 Tonnen Getreide an Bord. Im Loggbuch der „Cambronne" heißt es über den Kreuzer: 20. März, 20 Grad 10 Minuten südlicher Breite, 28 Grad 50 Minuten westlicher Länge bei leichter Nordwestbrise bemerkten wir um 7,30 Uhr morgens im Nordosten ein Segelschiff, das sich schnell näherte. Nachdem es auf ungefähr 2000 Yards herangekommen war, fielen plötzlich seine Segel. Die deutsche Flagge wurde gehißt und gleichzeitig ein Schuß abgegeben. Ein deutscher Offizier, von bewaffneten Matrosen begleitet, kam an Bord und belegte die Schiffspapiere mit Beschlag. Er forderte mich (den Kapitän) auf, mit an Bord des Hilfskreuzers zu kommen. Ich stellte mich ihm zur Verfügung.

Der Kapitän der „Dupleix", die gleichfalls versenkt wurde, erzählte, daß sie beim Verlassen des Kreuzers versprechen mußten, sich nicht mehr in irgendeiner Weise während der Dauer des Krieges an den Feindseligkeiten zu beteiligen. Bevor die „Cambronne" nach Rio de Janeiro ging, mußten die Gefangenen noch 50 Tonnen Chilisalpeter über Bord werfen.

*

Frei erfunden.

Die norwegische Zeitung „Morgenavisen" brachte Mitte März eine Meldung, nach der der Steuermann des torpedierten norwegischen Dampfers „Skaien" erzählt hätte, die Besatzung wäre in die Boote gegangen, worauf das U-Boot herangekommen wäre und zunächst auf die Boote, dann auf den Dampfer geschossen hätte. Der Kommandant des inzwischen zurückgekehrten U-Bootes meldet hierzu, daß die Aussagen des betr. Steuermanns frei erfunden seien. Auf den Dampfer wäre erst nach Ablauf einer halben Stunde gefeuert worden, von den Booten wäre bei dem hohen Seegang überhaupt nichts zu sehen gewesen. Hieraus geht, wie halbamtlich festgestellt wird, hervor, daß die Dampferbesatzung, wenn sie das Feuer auf die Rettungsboote bezogen hat, sich unnötig viel Zeit genommen hat, um sich von der gefährdeten Stelle des Dampfers zu entfernen. Das U-Boot mußte annehmen, daß sich die Mannschaft nach Ablauf einer halben Stunde in Sicherheit gebracht hätte. Andernfalls trifft die Mannschaft selbst die Schuld für ihre Gefährdung.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Heeresbericht

vom 10. April, abends. Kaukasusfront: Auf unserem rechten Flügel machte eine unserer stärkeren Erkundungsabteilungen einen erfolgreichen Überfall in die feindliche Linie. Der Feind verlor 15 Tote und 2 Gefangene; außerdem erbeuteten wir 34 Tiere. Unsererseits sind keine Verluste. Irakfront: Seit zwei Tagen nahm die Gefechtstätigkeit an Lebhaftigkeit wieder zu. Auf dem Tigrisufer warf unsere Nachhut die feindliche Vorhut zurück und sicherte dadurch ihrem Gros freie Bewegungsmöglichkeit zum planmäßigen Einnehmen der neuen Stellung. Auf dem linken Tigrisufer stehen unsere Truppen in Gefechtsberührung mit dem Gegner. Gestern fand lebhaftes Artillerie- und Infanteriefeuer statt. Auf dem nördlichen Diala-Ufer drängten unsere vorgeschobenen Truppen eine feindliche Kavalleriedivision 15 Kilometer weit zurück, wo sie erneut Widerstand leistete. Weiter nordöstlich hatte ein durch Artillerie und Maschinengewehre unterstütztes feindliches Kavallerieregiment den Diala überschritten. Dieses Regiment wurde von unserer Kavallerie über den Fluß zurückgeworfen. Da es dem Gegner nicht gelang, seine erste Übergangsstelle zum Rückzug zu benutzen, ertranken viele feindliche Reiter im Diala-Fluß. An der persischen Grenze östlich Kewanduz gelang es unseren Truppen, nicht nur den Angriff der an Zahl überlegenen Russen abzuwehren, sondern auch durch Gegenangriff den Feind 20 Kilometer weit in östlicher Richtung zurückzutreiben. Von unserer mazedonischen Front wird lebhaftere feindliche Artillerietätigkeit gemeldet.

*

Der Minenkrieg.

Wegen Minengefahr ist der Hafen von Liverpool, der in Kriegszeiten den Londoner Hafen noch überflügelte, für den Verkehr gesperrt.

Londoner Blätter melden aus Washington: Der amerikanische Postdampfer „Neuyork" (10 795 Brutto-Register-Tonnen) stieß auf eine Mine. Er erreichte den Hafen. Menschenleben sind nicht verloren gegangen.

Der amtliche Kriegsbericht.

Gesteigerte Artillerieschlachten im Westen.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Auf dem Nordufer der Scarpe wurden bei heftiger Artilleriewirkung Angriffe der Engländer bei Vimy und bei Fampoux abgeschlagen. Südlich der Bachniederung führte der Gegner starke Kräfte zum Angriff gegen unsere Linien vor. Nach mehrmals gescheiterten Anstürmen ging uns Mouchy verloren. Nördlich und südlich des Ortes brachen englische Angriffe, an denen auch Kavallerie und Panzerkraftwagen teilnahmen, verlustreich zusammen.

Im Kampfe bei Boullecourt wurde ein Anfangserfolg des Feindes durch Gegenstoß ausgeglichen. Dabei fielen 25 Offiziere und 1000 Mann und 27 Maschinengewehre in unsere Hand.

Nach einem Gefecht bei Hargicourt (westlich von Peronne) wurden mehr als 100 Gefangene und 5 Maschinengewehre eingebracht.

St. Quentin wurde auch gestern stark beschossen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Von Soissons bis Reims hat sich der Feuerkampf zu äußerster Heftigkeit gesteigert. Einzelne Frontstrecken lagen mehrfach unter Trommelfeuer.

In der westlichen Champagne ist gleichfalls der Artilleriekampf im Wachsen. Erkundungsvorstöße französischer Infanterie wurden abgewiesen.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Gefechtstätigkeit nur in beschränktem Umfange.

*

Trotz Sturmes waren die Flieger sehr tätig. Der Feind verlor in Luftkämpfen 23, durch Infanteriefeuer ein Flugzeug.

Bombenwürfe auf feindliche Truppenlager und Munitionsstapel im Vesle-Suippes-Tal verursachten beobachteten Schaden.

Rittmeister Freiherr v. Richthofen schoß den 40. Gegner ab.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Brody und an der Bahn Zloczow-Tarnopol und beiderseits des Dnjestr rege russische Feuertätigkeit.

An der Front des Generalobersten Erzherzog Josef und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Seife aus Butter.

Apotheker und Drogisten der kleineren Landorte konnten schon seit längerer Zeit eine starke Zunahme des Bedarfs nach Seifenstein beobachten. Die Erklärung für die auffällige Erscheinung, daß die Landwirte einen Teil ihrer Fettvorräte, besonders die Buttermengen, mit Hilfe von Seifenstein in Seife verwandeln, lag nahe und stellte sich als zutreffend heraus. Die „Apotheker-Zeitung" kann in ihrer neuesten Nummer gleich zwei behördliche Verfügungen mitteilen, die zu bedauerlichen Rückschlüssen hinsichtlich neuester ländlicher Gewohnheiten berechtigen. Danach gibt die Freie Hansestadt Bremen, zu der ein ausgedehntes Landgebiet gehört, unter dem 22. März bekannt:

Die Herstellung von Seifen und pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten zu technischen Zwecken ist verboten. Dieses Verbot bezieht sich nicht nur auf die gewerbliche Herstellung, sondern auf jede Herstellung überhaupt, auch auf die Herstellung in Privathaushaltungen.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Noch deutlicher und klarer drückt sich die Kriegsamtsstelle zu Königsberg i. Pr. aus:

„Es ist berichtet worden, daß im Bereiche des stellvertretenden Generalkommandos des 2. und 5. Armeekorps in verschiedenen ländlichen Bezirken mit bedeutender Butterproduktion Händler sich bemühen, Seifenstein zu verkaufen. Seifenstein besteht größtenteils aus Aetznatron und wird angewandt bei der Herstellung von Seifen aus Fetten. Der Verdacht liegt nahe, daß damit die kleinen bäuerlichen Betriebe zum Verkochen von Butter zu Seife veranlaßt werden sollen. Da der Höchstpreis von Butter 2,50 Mk. für das Pfund ist, Seife aber für das gleiche Gewicht mit 4 oder 5 Mk. und noch höher gehandelt wird, mag die Geldgier unpatriotische und kurzsichtige Leute wohl dazu verleiten, unser wertvollstes Fett der menschlichen Ernährung zu entziehen. Diese Handlungsweise ist mit schweren Strafen bedroht, denn nach § 35 des Reichsgesetzes vom 20. Juli 1916 macht sich strafbar, wer unbefugt beschlagnahmte Fette verarbeitet."

In anderen Fällen haben wir gehört, daß es die städtischen Verbraucher sind, die die Landbevölkerung mitunter dazu verleiten, höhere Preise als Höchstpreise zu nehmen. Hier treten wiederum die Händler als die Verführer auf und die kleinen Besitzer als die der Verführung möglicherweise zugänglichen.

Wundern aber sollte es uns, wenn nicht nächstens von bestimmter Seite die Moral von der Geschichte dahin ausgelegt würde, daß die Butterpreise, um der Verseifung vorzubeugen, schleunigst verdoppelt werden müßten.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 12. April.

Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Infolge Ablehnung jeglicher Lohnzulage für Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer haben die Arbeiter dieser Berufe die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen alle Kollegen, Solidarität zu üben.

Die Umgruppierung der Lebensmittelrationen.

Wir erhalten diesen Artikel mit dem Ersuchen um Abdruck zugesandt:

Die zwingende Notwendigkeit des Krieges hat manch harten Eingriff in die Lebensgewohnheiten der deutschen Bevölkerung notwendig gemacht. Naturgemäß sind die Maßnahmen, welche in die Ernährungsverhältnisse eingriffen, am schwersten empfunden worden, und unter ihnen wieder diejenigen, welche uns Beschränkungen in den wichtigsten Volksnahrungsmitteln wie Brot, Kartoffeln und Fleisch auferlegten. Mit staunender Bewunderung blickt die ganze Welt auf die Tatsache, mit welch beispielloser Opferfreudigkeit das deutsche Volk sich mit dem Unabänderlichen abgefunden hat, mit Ehrfurcht werden die Neutralen, mit Schrecken unsere Feinde erkennen müssen, daß das deutsche Volk auch weiterhin einmütig gewillt ist, neue Einschränkungen, wie Umwälzungen in seinen Lebensgewohnheiten in den Kauf zu nehmen. Ueberzeugt von der Gerechtigkeit seiner Sache wird nichts den stahlharten Willen des deutschen Volkes zum Durchhalten bis zum siegreichen Ende wankend zu machen vermögen.

Die Getreidebestandsaufnahme vom 15. Februar hat die betrübliche Tatsache ergeben, daß es unmöglich ist, die bisherige Brotration für den Kopf und die Woche weiter aufrecht zu erhalten. Unter dem Drucke zwingender Notwendigkeit mußte sich die Regierung zur Herabsetzung der Brotration entschließen, wobei die Notwendigkeit der Kürzung der Schwerarbeiter und die Streichung der Jugendlichenzulagen von den verantwortlichen Behörden als ganz besonders bedauerlich angesehen werden. Es gab eben kein anderes Mittel, um die Brotversorgung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte sicherzustellen. Die Regierung mußte daher dazu schreiten, vom 15. April ab folgende Neuregelung der Brotversorgung vorzunehmen:

1) Die tägliche Mehlration wird für die versorgungsberechtigte Bevölkerung von 200 Gramm auf 170 Gramm herabgesetzt unter gleichzeitigem Wegfall der Streckungsmittel.

2) Die dem Selbstversorger zugestandene monatliche Brotgetreidemenge wird von 9 Kilogramm auf 6½ Kilogramm gekürzt.

3) Die den Kommunalverbänden für Schwerarbeiterzulagen zugewiesenen Mehlmengen können mit 75 Prozent der bisherigen Mengen aufrechterhalten werden.

4) Die Zulagen für Jugendliche müssen ganz in Fortfall kommen.

Um einen Ausgleich für die durch die Neuregelung den Versorgungsberechtigten entzogenen Nährwerte zu schaffen, ist Vorsorge getroffen, daß die gesetzliche Höchstmenge von einem ½ Pfund Kartoffeln für den Kopf und den Tag überall gegeben werden kann. Für die festgesetzte Zahl von Schwerarbeitern werden den Gemeinden weitere ½ Pfund für den Tag überwiesen werden. Ferner wird jede nicht durch Hausschlachtung selbstversorgte Person eine wöchentliche Fleischzulage von 250 Gramm, 125 Gramm für Kinder bis zu sechs Jahren, erhalten.

Die Ausgabe erfolgt mittels besonderer Fleischzusatzkarten, die nicht freizügig sind, sondern nur für die örtliche Zulage gelten. Damit die Zulage zu einem besonders billigen Preise abgegeben werden kann, sollen die Kommunalverbände Reichs- und Staatszuschüsse in Höhe von insgesamt 80 Pfg. für die Woche auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung erhalten, wovon 70 Pfg. jedem Kommunalverband unmittelbar zugewiesen werden, während der Rest von den Landeszentralbehörden zum Ausgleich je nach der Größe des besonders bedürftigen Bevölkerungsanteils an die Kommunalverbände verteilt wird.

Die Durchführung einer derartigen Umgruppierung der Lebensmittelrationen für ungefähr 50 Millionen versorgungsberechtigter Bürger beansprucht naturgemäß die an sich überlasteten Arbeits- und Transportmittel in einer Weise, daß kleinere Stockungen kaum zu vermeiden sein werden. Wo derartige Hemmungen eintreten sollten, wird die bisherige Brot- bezw. Mehlration bis zu ihrer Beseitigung weitergewährt werden.

Aus dem Vorgesagten geht hervor, daß wir bei der Umgruppierung unserer Lebensmittelrationen mit einer Tatsache zu rechnen haben, die durch nichts, am allerwenigsten aber durch einen etwaigen schnellen Friedensschluß aus der Welt geschafft werden könnte. Unsere gesamte militärische Lage ist so, daß wir die unbedingte Sicherheit für einen baldigen ehrenvollen deutschen Frieden haben. Nur ein deutscher Frieden kann eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage herbeiführen. Jeder voreilig geschlossene Friede müßte uns wirtschaftlich an den Rand des Verderbens bringen. Jede versuchte Gegenwirkung gegen die aus der zwingenden Notwendigkeit heraus geborenen Maßnahme der Behörden, müßte aber eine Verlängerung des Krieges und damit neue Opfer an Gut und Blut, neue schlimmere Entbehrungen zur unausbleiblichen Folge haben. Wir kämpfen für das Sein oder Nichtsein nicht nur unseres deutschen Vaterlandes, sondern jedes einzelnen Bürgers. Unsere Feinde haben uns keine Zweifel darüber gelassen, daß ihr Endziel die vollkommene wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands und damit jedes einzelnen Deutschen ist. Die von unseren Vätern durch Blut und Wunden, durch Not und Entbehrungen erkaufte Freiheit wollen und werden wir uns und unseren Kindern erhalten. Wie der Soldat im Felde auch dann noch gerne und freudig seine Pflicht tut, wenn er weiß, daß ihre Erfüllung für ihn Blut und Wunden, ja Tod und Verderben bedeutet, so werden wir Daheimgebliebenen die neuen Anforderungen an unser Können und Wollen in dem Bewußtsein auf uns nehmen, daß wir unsererseits das Beste zur baldigen siegreichen Beendigung des Krieges beitragen.

Die Sommerzeit beginnt, wie jetzt amtlich bekannt gemacht wird, am 16. April 1917, vormittags 2 Uhr nach der gegenwärtigen Zeitrechnung, und endet am 17. September 1917, vormittags 3 Uhr, im Sinne dieser Verordnung. Die öffentlich angebrachten Uhren sind am 16. April 1917, vormittags 2 Uhr, auf 3 Uhr vorzustellen, am 17. September 1917, vormittags 3 Uhr, im Sinne dieser Verordnung auf 2 Uhr zurückzustellen. Von der am 17. September 1917 doppelt erscheinenden Stunde von 2 bis 3 Uhr vormittags wird die erste Stunde als 2 A, 2 A 1 Minute usw. bis 2 A 59 Minuten, die zweite als 2 B, 2 B 1 Minute usw. bis 2 B 59 Minuten bezeichnet.

Noch gut abgegangen. Spielende Kinder kamen gestern nachmittag aus dem „Hafenpforte" genannten Eingang zum Kanzleigebäude gelaufen, als gerade vom Mühlentor her ein Straßenbahnwagen mit Anhänger herankam. Ein Knabe rannte dabei

gegen den Straßenbahnwagen und wurde von diesem umgestoßen. Er schlug mit dem Kopf auf das Pflaster und erlitt leichte Verletzungen. Das Gerücht, daß der Kleine überfahren sei, bewahrheitete sich danach erfreulicherweise nicht. Der Vorfall sollte aber andern zur Warnung dienen, die noch immer gern belebte Straßen durch welche die Straßenbahn fährt, zu ihren Spielplätzen ausersehen.

Keine Beschlagnahme privater Zivilkleidung. Die Bekanntmachung über die Beschlagnahme und Enteignung durch die Reichsbekleidungsstelle hat vielfach die Meinung hervorgerufen, daß die Reichsbekleidungsstelle die Absicht hege, auch die im privaten Besitze befindliche Zivilkleidung zu beschlagnahmen. Nach dem Wortlaut der Bekanntmachung erschien die Stellungnahme der Reichsbekleidungsstelle zweifelhaft. Das „Berliner Tageblatt" hat sich an die Reichsbekleidungsstelle gewandt und folgende Auskunft erhalten: „Die Annahme, als stände eine Beschlagnahme oder Enteignung von Bekleidungsstücken der Zivilbevölkerung bevor, ist nicht zutreffend. Die Reichsbekleidungsstelle beabsichtigt nicht, in die privaten Bestände der Bevölkerung einzugreifen. Die Bekanntmachung hatte lediglich den Zweck, das Beschlagnahme- und Enteignungsverfahren in den Einzelheiten der Durchführung festzulegen. Für die Bevölkerung liegt daher nicht der geringste Grund zu Befürchtungen vor, daß Eingriffe in den Privatbesitz bevorstehen." — Wie das Blatt weiter erfährt, ist eine Beschlagnahme von Kleidungsstücken der Zivilbevölkerung für das nächste halbe Jahr auch dann nicht zu erwarten, wenn die privaten Bestände die seinerzeit bekanntgegebenen Höchstsätze überschreiten.

Abkehrschein und Schadensersatzpflicht. Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß für den Fall, daß ein Arbeitnehmer den Abkehrschein erbittet, dieser ihm vom Arbeitgeber verweigert wird und schließlich vom Schlichtungsausschuß erteilt wird, der Arbeitgeber verpflichtet ist, dem Arbeitnehmer den ganzen Schaden zu ersetzen, den der Arbeitnehmer durch die anfängliche Weigerung des Arbeitgebers zur Hingabe des Abkehrscheines erlitten hat. Diese Ansicht ist nicht richtig und auch in keiner Weise begründet. Das Hilfsdienstgesetz gibt keinerlei Handhabe zur Begründung eines derartigen Schadensersatzanspruches, und aus dem Zivilrecht ist ein entsprechender Schadensersatzanspruch auch nicht herzuleiten, weil Hilfsdienstpflicht und die vertragliche Pflicht zur Erfüllung des geschlossenen Arbeitsvertrages an sich völlig unabhängig voneinander sind. Nach dem Hilfsdienstgesetz ist nun der Arbeitgeber zur Verweigerung des Abkehrscheines berechtigt, und deshalb liegt in dem Verweigern desselben kein schuldhaftes und rechtswidriges Verhalten. Nur in einem Falle wird ein solcher Schadensersatzanspruch begründet sein, nämlich dann: wenn der Arbeitgeber zunächst den Abkehrschein zu erteilen eingewilligt hat und ihn schließlich doch verweigert. In diesem Falle fügt er dem Arbeitnehmer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise Schaden zu, den zu ersetzen er verpflichtet ist.

Kriegsanleihe-Zeichnungen. Die Firma Dimpker u. Sommer in Lübeck zeichnete auf die Anleihe 100 000 Mark.

Haussammlungen des Roten Kreuzes. Mit der Genehmigung des Senates werden in den folgenden Monaten wiederum Sammlungen für das Rote Kreuz veranstaltet. Mit Freude erfüllt es regelmäßig die Sammler, zu sehen, wie jeder, ob arm oder reich, gern und willig sein Scherflein gibt, um die Liebesarbeit des Roten Kreuzes zu fördern. Wir sind fest überzeugt, so schreibt man uns, daß in der jetzigen Zeit der Teurung der hohe ideale Sinn, der in der Lübecker Bevölkerung während der Kriegszeit sich gezeigt hat, nicht erstirbt, sondern zu immer größerer Opferwilligkeit für die hohen Aufgaben, die sich das Rote Kreuz gesteckt hat, antreibt. Denke keiner, seine Gabe sei zu gering. Nein, gerade sein Scherflein fehlt, einem der tapferen Vaterlandsverteidiger Liebes zu erweisen. Denke keiner, ich mag nicht so wenig geben. Viele Wenig machen ein Viel. Die Sammlung für den Monat April findet am 14. und den folgenden Tagen statt. Man gebe nur den mit vom Polizeiamt gestempelten Ausweisen versehenen Sammlern Gaben für das Rote Kreuz.

Sammelstellen für Konservendosen. Dem Wunsche mehrerer Holstentorbewohner nachkommend haben die Sammelstellen der Lübecker Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz in der Adlerstraße Nr. 31a eine Annahmestelle für leere Konservendosen eingerichtet. Die Sammelstellen verwerten ihre Erträge für die Liebesarbeit des Roten Kreuzes und bitten dringend um Zuwendung der Dosen an die Annahmestellen Schildstraße 10 und Adlerstraße 31a. Dieselben sind an jedem Werktage von 10—1 und 5—7 Uhr zur Annahme geöffnet.

Hamburg. Eine glaubwürdige Wahrsagerin. Zu einer Kartenlegerin der Altstadt kam eine jener Frauen, die man getrost zu der Sorte zählen kann, die nicht alle wird, und ließ sich die Karten legen. Ihr wurde nun von der modernen Sibylle gesagt, daß sie in den nächsten Tagen bestohlen würde. Und richtig! Als die wissensdurstige Frau nach Hause kam waren ihr sämtliche Brotkarten gestohlen. Die nähere Untersuchung dieses wunderbaren Falles ergab dann, daß die Wahrsagerin auch die Diebin der Brotkarten war. Die weise Frau muß nun vorläufig auf weitere Prophezeiungen verzichten, da sie sofort in Haft genommen wurde.

Schwerin. Zur mecklenburgischen Verfassungsfrage. Reichstagsabgeordneter Sixkovich hat am 10. April an die mecklenburgischen Staatsminister Dr. Langfeld zu Schwerin und Dr. Bessart zu Neustrelitz folgendes Schreiben gerichtet: „Euer Exzellenz beehre ich mich als Mitglied des Reichstages für den ersten Wahlkreis des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin folgende Darlegungen zur mecklenburgischen Verfassungsfrage zu senden: Der Krieg sah und sieht alle Kreise des deutschen Volkes in gleicher Vaterlandsliebe zur Verteidigung der Heimat bereit. Die Stunde ist gekommen, wo die innere Neuordnung im Reiche und in den Einzelstaaten durch Gewährung weitgehender Volksrechte beginnen muß. Der kaiserliche Erlaß an den Reichskanzler gibt diese Tatsache unumwunden zu. Das mecklenburgische Volk aber seufzt noch immer unter der ständischen Verfassung von 1755, die ein Hohn auf die Gegenwart ist. Längst reif zu stärkster Mitarbeit am Staate fordert es diese Beteiligung heute gebieterisch. Es erwartet von seinen Fürsten, daß sie bereit sind, ihm nunmehr endlich die politischen Freiheiten zu verschaffen, auf die es nach seiner Bewährung im Frieden und Krieg Anspruch hat. Es braucht staatskluge Minister, die der Zeit Rechnung tragen. Ich weiß, daß ich als mecklenburgischer Reichstagsabgeordneter im Namen der mecklenburgischen Bevölkerung sprechen kann, wenn ich hierdurch an Euer Exzellenz das dringende Ersuchen richte, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß sofort eine wahrhaft volkstümliche Aenderung der mecklenburgischen Verfassung in die Wege geleitet werde. Falsche Rücksicht auf die alten Machthaber ist jetzt nicht mehr denkbar. Die mecklenburgische Volksvertretung der Zukunft muß auf Grund des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts gewählt werden. Die mecklenburgischen Regierungen mögen sich darüber völlig klar werden; wenn eine vom Vertrauen zum Volke getragene Neuordnung in Mecklenburg von ihnen nicht alsbald eingeleitet wird, so wird sie in nicht ferner Zeit ohne sie mit Hilfe des Reiches durchgeführt werden. Die mecklenburgische Regierung verlangt den Willen zu entscheidender Tat. Ich erbitte öffentliche Mitteilung, ob und welche Schritte im Sinne der mecklenburgischen Neugestaltung in Aussicht stehen und bemerke, daß ich mich als Abgeordneter für verpflichtet halte, dieses Schreiben zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

Tordern. Vom Zuge zermalmt. Der Feldwebelleutnant Both aus Osterlügum ist, wie die „Tond. Ztg." berichtet, am Ostersonntagabend unter die Räder des Kreisbahnzuges geraten und gleich seinen schweren Verletzungen erlegen. Man nimmt an, daß er in der Dunkelheit über einen Gegenstand gestolpert und zu Fall gekommen ist.

Geesthacht. Vergiftetes Mehl? Unter Vergiftungserscheinungen erkrankte die am Buntenskamp wohnende Familie des Tischlermeisters M. Schulte nach dem Genuß eines sogenannten „grauen Kleßes", der von belgischem Mehl hergestellt war. Sämtliche Personen litten unter starkem Erbrechen. Während Schulte und Frau die Erkrankung überstanden, starb an den Folgen Franz Wenck, der Schwiegervater des letzteren, ein 90jähriger Greis.

Oldenburg. Den Aufseher erschlagen. Im oldenburgischen Staatsgefängnis in Vechta hat ein Strafgefangener dem beaufsichtigenden Aufseher Menke mit einem Stuhlbein den Schädel zertrümmert, sodaß der Schwerverletzte nach drei Tagen starb. Ein anderer Gefangener, der dem Aufseher zu Hilfe kam, wurde gleichfalls verletzt. Einen Fluchtversuch des Täters konnte man verhindern.

Neueste Nachrichten.

Amsterdam, 11. April. Aus London wird gemeldet: Die Proklamation der russischen Regierung hat die englischen Blätter ungeheuer verwundert. „Daily News" weist darauf hin, daß die Proklamation im Widerstreit mit Miljukows Erklärung stehe, worin verlangt wird, daß die Russen die Dardanellen und den Bosporus beherrschen müssen und sich in den Besitz von Konstantinopel setzen würden. „Daily Mail" betont, daß die Staatsmänner der Alliierten besser täten, sich nun gut zu vergewissern, ob Rußland Konstantinopel nötig habe oder nicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellinz.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Bekanntmachung
betreffend den Verkehr mit Bruteiern.

Auf Grund des § 15 der Verordnung des Reichskanzlers über Eier vom 12. August 1916 wird hiermit angeordnet:

§ 1.

Der Verkehr mit Bruteiern wird bis zum 30. Juni ds. Jrs. unter folgenden Bedingungen gestattet:

§ 2.

Wer Bruteier beziehen will, hat eine Bescheinigung der zuständigen Behörde über Zahl und Art der Eier, sowie darüber, daß die Eier nur zu Brutzwecken verwendet werden sollen, beizubringen.

§ 3.

Die Versendung darf nur von Geflügelhaltern unmittelbar an Geflügelhalter erfolgen; es dürfen nur die Eier des dem Versender gehörigen Geflügels verwendet werden.

§ 4.

Wer Hühnereier zu Brutzwecken verkauft, hat hierüber Buch zu führen; hieraus muß hervorgehen:

Name und Wohnort des Käufers, Stückzahl und Art der Bruteier, Tag des Versandes und die Behörde, die den Erlaubnisschein zum Bezuge der Bruteier ausgestellt hat.

Die Erlaubnisscheine sind zu sammeln und zusammen mit dem Buch auf Erfordern dem Polizeiamt vorzulegen.

§ 5.

Eier, die als Bruteier gekauft sind, dürfen nur zur Brut verwendet werden.

§ 6.

Die Bruteiersendungen müssen die deutliche Kennzeichnung als Bruteier erhalten.

§ 7.

Nach Orten außerhalb des lübeckischen Staatsgebietes dürfen Bruteier nur mit Genehmigung des Polizeiamtes ausgeführt werden.

§ 8.

Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu Mk. 10 000 oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer es unternimmt, den Vorschriften dieser Bekanntmachung entgegen Bruteier zu erwerben oder aus dem lübeckischen Staatsgebiet auszuführen, oder wer sonst diesen Vorschriften zuwiderhandelt.

Lübeck, den 11. April 1917.

243 **Das Polizeiamt.**

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.
e. G. m. b. H.

Achtung Stockelsdorf u. Fackenburg!

Nachdem durch die am 11. ds. veröffentlichte Bekanntmachung des Landesvorstandes Eutin vom 29. März für sämtliche Kaufleute im Fürstentum Lübeck die

Kundenlisten

vorgeschrieben sind, bitten wir unsere Mitglieder von Stockelsdorf, Fackenburg usw. sich möglichst bald und möglichst vollzählig in unseren dortigen Warenabgabestellen eintragen zu lassen. Nach der Verordnung bekommen wir in Zukunft nur so viele Waren zugewiesen, als wie Kunden in unsere Liste eingetragen sind, deshalb darf keiner fehlen. Zur Eintragung ist das Butterverbrauchsbuch (brauner Umschlag) mitzubringen.

241 **Der Vorstand.**

Abgabe v. kondensierter Milch
von jetzt ab:
Breite Straße 36 (Eckladen)
vorm. 10–12 und nachm. 4—7 Uhr.

240 **Der Ernährungsausschuß.**

Haussammlung des Lübecker Roten Kreuzes.

Für die Monate April bis September 1917 hat der Hohe Senat den Vereinen vom Roten Kreuz abermals eine Haussammlung bewilligt. Sie wird durch die Lübecker Sanitätskolonnen vorgenommen werden und zwar an einem Sonnabend und Sonntag jedes Monats, zunächst am 14. und 15. April.

An unsere gesamte Bevölkerung richten wir die herzliche Bitte, mit gewohnter Opferwilligkeit auch bei dieser Sammlung unsere Liebesarbeit zu unterstützen.

Lübeck, im April 1917.

Im Namen der Vereine vom Roten Kreuz:
Ferd. Boldemann. Clara Burmeister. Präses Dimpker. Arbeitersekretär Hoff. Senator Kulenkamp. Hans Lange. Georg Reimpell. 245

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Lübeck.

Als weitere Opfer des Weltkrieges fielen unsere Kollegen

Johannes Lehmitz
Hans Mehrpahl
Aug. Schmechel.

Ehre ihrem Andenken!

250 **Der Zweigvereinsvorstand.**

Für erwiesene Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Friedrich danken herzlich (235
B. Friederichs und Frau nebst Sohn.

Kinderwagen, Peddigrohr, od. Sportw. mit Verd. zu kauf. ges. Ang. u. **E L 55** an d. Exp. (251

Gebrauchte u. franzöf. Buch Kl. 5 der 1. Mädchen-Mittelschule u. rechtwolle Staffelei zu verkauf. 252) Engelsgrube 72, III

Zu kaufen gesucht eine (249
guterhaltene Kommode.
Angeb. m. Pr. Reiferstr. 2a part.

Mustins billige Bezugsquelle für Tabak, Zigarren u. Zigaretten in großer Auswahl
Ecke Frieden- und Breitingstrasse. 237

Große öffentliche Versammlung
aller am Staat und Gemeinde beschäftigten Arbeiter
Sonnabend, 14. April, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Welche Anträge stellen wir zur Aufbesserung unserer Löhne.

Kollegen! Mitarbeiter! In dieser für alle hochwichtigen Versammlung darf keiner fehlen. Jeder muß zur Stelle sein.

244) **Der Einberufer.**

:: Komitee- und :: Komissionssitzungen

Jugendausschuß. 248
Freitag abend 8 Uhr:
Sitzung im Jugendheim.

Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen.

Verspätet.

Hiermit den Kollegen zur Nachricht, daß am Sonnabend, dem 7. April, unser langjähriger Kollege

P. Jütte

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

NB. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. (247

Zu kaufen ges. Schultasche für größeren Schüler. Ang. unt. **C C 6** an die Exp. (236

Hansa-Theater.
Nur noch bis 15. April, täglich 7½ Uhr: 253
Das Festprogramm.
Großer Spezialitätenteil.
Käthe Hyan
5 Ogeritas
und die anderen Attraktionen.
Vorverk. Sager, Kohlmarkt.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (238
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Lubeca.

Bilderleisten einrahmungen 239
Oscar Tauchnitz, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808.

Stadttheater. 246
Donnerstag, den 12. April 1917
Anfang 7½ Uhr:
Zum Nationaltag der deutschen Bühnen für die 6. Kriegsanleihe:
Zar und Zimmermann.
Kom. Oper von A. Lortzing.
Die Gesamteinnahme sowie das Tagesgehalt sämtlicher Mitglieder wird für die 6. Kriegsanleihe gezeichnet.
Freitag, den 13. April 1917
Anfang 6½ Uhr:
Die Walküre.
Von R. Wagner.
Sonnabend, den 14. April 1917
Anfang 7½ Uhr:
Armut.
Ein Trauerspiel v. A. Wildgans.

Nr. 85
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Donnerstag, den 12. April 1917

Zur Wahlrechtsreform.

In der „Post“ äußert sich der Führer der Freikonservativen, Frhr. v. Zedlitz, über die kaiserliche Kundgebung. Herr v. Zedlitz hat sich in letzter Zeit eifrig bemüht, im preußischen Landtage eine Grundlage für die Reform des Wahlrechts zu finden, die den bürgerlichen Parteien auf alle Fälle ein größeres Uebergewicht bieten sollte. Seine Mühen hatten bisher keinerlei Erfolg, trotzdem er den Konservativen eifrig zuredete mit dem Hinweis darauf, daß eine Reform nicht aufzuhalten ist, und daß sie, wenn nicht anders, dann eben gegen den Willen der Konservativen gemacht werde. In seinem Artikel stimmt Frhr. v. Zedlitz der vorgeschlagenen Reform zu, indem er ausführt:

„Der Erlaß wirft inbezug auf das Wahlrecht entschlossen die am stärksten und nicht ohne Berechtigung angefochtenen Bestimmungen des geltenden Wahlrechts, die indirekte und die öffentliche Wahl wie das Dreiklassensystem, über Bord. Das ist im Interesse sowohl völliger Klarheit wie der Erkenntnis, daß nicht halbe Arbeit gemacht werden soll, durchaus zu billigen, wenn auch wahrscheinlich mancher konservativ Gerichtete mit dem Gedanken einer Modernisierung des Dreiklassenwahlsystems etwa nach den Plänen des Ministers Herrfurth sich getragen haben mag und dessen gänzliche Beseitigung schmerzlich empfindet. Aber auch, wer so gedacht hat, wird sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Klassenwahl endgültig abgetan ist. Der Realpolitiker im bismarckischen Sinne wird jetzt seine Kraft auf die sachgemäße Gestaltung des Wahlrechts auf der durch den Ostererlaß vorgezeichneten Grundlage zu konzentrieren haben.“

Herr v. Zedlitz bemerkt dann weiter, daß man mit Bestimmtheit darauf rechnen könne, daß das Ministerium dem König ein abgestuftes Wahlrecht vorschlagen werde. Wie die Abstufung zu gestalten sein werde, sei demnach bei der Wahlreform das ausschlaggebende Problem. Es könne der Staatsregierung dringend empfohlen werden, bevor sie sich endgültig festlege, mit den maßgebenden Männern der Parteien, die an der Lösung der Frage positiv mitzuarbeiten bereit sind, Fühlung zu nehmen und wenn möglich, eine Verständigung über die Grundzüge der Neuordnung herbeizuführen. Im wohlverstandenen Interesse der Konservativen liege es, nunmehr positiv mitzuarbeiten, um auf die neue Regelung einen bestimmenden Einfluß zu haben.

Die „Welt am Montag“ sagt in einer Betrachtung über die Oster-Botschaft:

„Die gegen alsbaldige Reformen vorgebrachten Gründe können als durchschlagend nicht anerkannt werden, zumal England die Demokratisierung seines Wahlrechts einschließlich der Einführung des Frauenstimmrechts während des Krieges betreibt, ohne daß sich daraus Hindernisse für seine Kriegführung ergäben. Der Wunsch der breiten Massen auch bei uns geht nach sofortigen gesetzgeberischen Taten im Sinne eines Neubaues unserer Verfassungszustände. Diesem Wunsche ist bisher nicht entsprochen worden. Deshalb kann der von den besten Absichten getragene Erlaß vom 7. April ein Gefühl voller Befriedigung nicht auslösen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht aus ihrem Mißvergnügen über die Botschaft, in der sie eine Verbeugung vor der Demokratie erblickt, kein Hehl. Sie veröffentlicht eine Zuschrift aus führenden konservativen Provinzkreisen, die in die Sätze ausklingt:

„So gewiß ein fauler Friede uns zum sozialen und kulturellen Niedergang verurteilen würde, so gewiß führt die von manchen Kreisen so leidenschaftlich erstrebte Demokratisierung unserer Staatseinrichtungen zur Erschütterung nicht nur der Monarchie, sondern auch der Grundlagen Preußens, des nun einmal führenden Staates in Deutschland. An einer solchen Entwickelung aber irgendwie teilzunehmen, würden wir als ein politisches Unrecht, als eine unverantwortliche Mißachtung aller Lehren und Erfahrungen der Geschichte empfinden.“

Wie schrecklich!

Neue Aufgaben in der Massenspeisung.

Von Th. Thomas, Frankfurt a. M.

Den Riesenkochtöpfen unserer Gemeinden, die wir unter dem Sammelnamen „Massenspeisung“ kennen, werden in den nächsten Monaten erheblich größere Scharen von Gästen zuströmen als bisher. In Berlin, Frankfurt a. M., in Köln, Hamburg usw. ist die Zahl ganz ungemein gestiegen, in einigen Orten hat sie sich schon verdoppelt, sodaß die Teilnehmerschar in der Tat bald anfängt auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl zu einer Masse zu werden. Darin zeigt sich die Knappheit und der unsichere Zustand auf dem Lebensmittelmarkt. Je geringer der Andrang nach den Kriegsküchen ist, umso besser wird die Gelegenheit sein, sich auf dem freien Markt seine Waren zu beschaffen. Steigt aber der Zustrom zur Massenspeisung, so ist dies ein untrüglicher Beweis dafür, daß draußen in den Läden und auf den Märkten wenig oder nichts zu haben ist.

Daraus ergibt sich für die Stadtverwaltung die dringende Pflicht, in der Organisation der Massenspeisung das umgekehrte Verhältnis zur Erscheinung kommen zu lassen. Wenn wenig Gäste in die Kriegsküche gehen, muß in Massen eingekauft werden, denn wenn die Massen selbst kommen, kann in der Regel nichts mehr beschafft werden. Wenn draußen wenig zu haben ist, dann sollen die Reserven der Lebensmittelämter den Kriegsküchen die Gelegenheit geben, wie ein Regulator zu wirken, die Tausende zu sättigen, die zu ihnen als letzte Zuflucht kommen. Hier versündigen sich die Kriegsküchenorganisationen am meisten. Sie glauben, bei einem Rückgang in der Besucherzahl wären schon die Schwierigkeiten zu Ende, sie könnten ihrerseits in der Anhäufung von Vorräten nachlässiger werden. Dabei versäumen sie leider meistens die Gelegenheit, Waren, die zu solchen Zeiten angekauft werden können, in ihre Läger zu übernehmen. Steigt dann der Zustrom des Publikums, so sind die Küchen nicht imstande, ihm Rechnung zu tragen.

Die Massenspeisung hat jetzt wohl auch noch eine wichtige Aufgabe mit zu erledigen: Sie muß, wo es nicht schon geschehen ist, mehr als bisher für die Einführung von gekochtem Abendessen Sorge tragen. Durch die Verringerung der Brotmengen, durch den Ersatz in der Form von Kartoffeln und Fleisch wird eine weitere Verschiebung im Ernährungsplan der Städte dringende Aufgabe. Zu den Schwierigkeiten kommt noch die Preiserhöhung der Kartoffeln, des Roggens usw.

Die Städte müssen dahin kommen, schon in den nächsten Wochen durch Verabreichung einer warmen Suppe am Abend den Mitbürgern, die nicht selbst kochen können, und das sind Zehntausende, die Mängel der neuen Ernährung abzunehmen, oder doch zu erleichtern. Wenn die Massenküchen von den Gästen, die dort abends essen wollen, das Fleisch erhalten, das ihnen jetzt mehr als früher mehr zusteht, so sind die Küchen unter Zuhilfenahme der billigen Frühjahrsgemüse, unter Benutzung der eßbaren Wald- und Wiesenkräuter, die jetzt von Schülerkolonnen gesammelt werden müssen, in der Lage, eine gute, nahrhafte Abendsuppe abzugeben, die sich der einzelne nicht herstellen kann. Kommen die Städte nicht in dieser Weise ihren Mitbürgern entgegen, dann besteht die Gefahr, daß die Verschiebung in der neuen Ernährung viel ungünstiger wirkt, als es zu sein braucht, wenn das gekochte Abendessen zur Geltung kommt. Freilich müßte das Abendbrot viel billiger sein, als das Mittagessen. Für große Familien ist es schon heute schwer durchführbar, regelmäßig das Essen zu holen. Traurig aber war: Sie müssen zu Hause billiger und natürlich noch schlechter kochen, als es in der Kriegsküche zu haben ist. Es muß also billiger werden. Es wird sonst nicht möglich, denen, die schon mittags in diese Küchen essen gehen, auch abends die warme Suppe zugänglich zu machen, weil in vielen Fällen eben die Mittel nicht ausreichen werden, sich die Ausgabe zweimal zu leisten. Man darf nicht vergessen, daß viele Haushalte heute nicht kochen können, weil sie nachts arbeiten, keine Kochgelegenheit haben, weil ihnen zum Teil Gas, Spiritus und oft sogar der Herd fehlt. Was nützen ihnen da Fleisch und Kartoffeln? Den Städten dagegen stehen Kocheinrichtungen schon zur Verfügung, sie brauchen nur für die Abendmahlzeit ausgenützt zu werden. Dieser Mahnruf sollte von allen Stadtverwaltungen dringend geprüft werden.

Eine weitere wichtige Sache ist, daß die Massenspeisungen sofort Lieferungsverträge abschließen. Das Kriegsernährungsamt ist jetzt soweit gekommen, eine Forderung von unserer Seite, die wir auf dem Massenspeisungskongreß im Juli 1916 ausgesprochen haben, durchzuführen, nämlich den Kriegsküchen als Großverbrauchern die Abschlüsse von Lieferungsverträgen zuzubilligen. Das bedingt, daß die Organisationen unverzüglich daran gehen müssen, ihre Bedürfnisse einzudecken. Sonst kommen sie im nächsten Winter in die Klemme. Denn dann werden sich alle Großverbraucher ihre Abschlüsse gesichert haben. Durch die neue Maßnahme des K.-E.-A. sind die Gemeinden jetzt in der Lage, sich für solche Zwecke zu sichern, wenn sie früh genug ihre Maßnahmen treffen.

Heute ist entschlossenes Zugreifen, die Fürsorge für die nächste Zeit das Dringendste. Da kann nicht der bureaukratische Weg gegangen werden, den sonst diese Entschlüsse gehen müssen. Das richtigste ist, gegen die noch größere Unsicherheit, die uns droht, rechtzeitig Schutzdämme aufzurichten, damit, wenn die Flut über uns hereinbricht, sie schon fertig sind.

In diesem Zusammenhang möchten wir erneut die Berechtigung des Verlangens aussprechen, daß die Massenspeisungseinrichtung von den Städten gegenüber den anderen Großverbrauchern begünstigt werden. Es ist keine Ungerechtigkeit, wenn man den wirtschaftlich Schwächsten in der Frage der Ernährung mehr entgegen kommt, als den übrigen Teilen der Bevölkerung. Die Gäste der Kriegsküche können sich nicht in anderer Weise helfen, können keine teuren Ersatzwaren kaufen, für sie bedeutet die Kost in der Gemeindeküche alles. Wenn man da mit etwas erhöhter Ration einspringt, so ist das ein gerechter Ausgleich, wobei man noch die Garantie hat, das die Vergünstigung gerade in die Kreise kommt, wo sie am besten wieder zum Vorteil der Volkswirtschaft benutzt werden, was man bei den anderen, die sich Zuschüsse leisten können, nicht immer behaupten wird.

Teuerungszulagen im Zimmerergewerbe.

Die Bewegung zur Erlangung von Teuerungszulagen nimmt auch im Zimmerergewerbe größeren Umfang an. Trotz des ablehnenden Verhaltens des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, der sich auf den geltenden Tarifvertrag und die im Mai vor. Js. getroffenen Vereinbarungen beruft, ist es bereits in einer Reihe von Zahlstellen des Verbandes zu einer Verständigung entweder mit einzelnen Firmen oder zwischen den örtlichen Organisationen gekommen, die zwar nicht in allen Fällen als befriedigend angesehen werden kann, aber doch zeigt, daß sich nicht alle Unternehmer der Notwendigkeit von Lohnzulagen gänzlich verschließen. Teils sind solche Zulagen gewährt worden mit dem Vorbehalt, daß sie bei einer zentralen Vereinbarung, mit deren Möglichkeit noch immer gerechnet werden muß, in Anrechnung kommen; teils aber auch ohne Rücksicht darauf. In recht vielen Zahlstellen konnte eine Regelung noch nicht getroffen werden, weil sich die örtlichen Organisationen der Unternehmer für unzuständig erklärten, mit der Begründung, daß die Entscheidung darüber den beiderseitigen Organisationszentralen gebühre. Ob dieser Standpunkt für die Dauer überall aufrechterhalten werden kann, dürfte zumindest recht fraglich erscheinen. Verschiedene Zahlstellen haben sich in Erwartung baldiger zentralen Verhandlungen nicht an die Unternehmer, sondern an den Zentralvorstand des Zimmererverbandes gewendet, damit er bei dem Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe für eine den Verhältnissen entsprechende Teuerungszulage eintrete. In den meisten Zahlstellen jedoch haben die Zimmerer ihre Forderungen direkt an die Unternehmer oder deren örtliche Organisationen gerichtet und damit den richtigsten und zugleich kürzesten Weg beschritten. Alle Zahlstellen drängen auf umgehende Erledigung ihrer Wünsche, deren Erfüllung, wie sie wissen, den Unternehmern ohne Not möglich ist; denn die Preise, die diese heute für ihre Arbeiten erhalten, gestatten durchaus angemessene Zulagen. Von den Unternehmern wird das natürlich bestritten. Nach Berichten im „Zimmerer“ sind bis jetzt Vereinbarungen, sei es mit einzelnen Firmen oder für ganze Orte, getroffen: in Augsburg, Berlin-Teltow, Eberswalde, Düsseldorf, Jüterbog, Mainz, Potsdam, Rathenow, Starnberg, Straubing, Zittau u. a. m. So ist in Berlin-Teltow mit der Firma R Wolle aus Leipzig ein Stundenlohn von 1,15 Mk. vereinbart. In Eberswalde ist der Stundenlohn auf 1 Mk. festgesetzt; bis Ende März 1916 stand er auf 55 Pfg. In Düsseldorf wurde bei einzelnen Firmen der Stundenlohn auf 1,20 Mk. erhöht. In Jüterbog beträgt der Stundenlohn jetzt 90 Pfg.; bis Ende März 1916 stand er auf 53 Pfg. Für Mainz wurde eine nochmalige Teuerungszulage von 7 Pfg., für Arbeiten in der Umgegend von 11 Pfg. vereinbart. Nach Vereinbarungen für Potsdam soll der Stundenlohn auf 1,20 Mk. kommen, 33 Pfg. höher als er am 31. März 1916 war. In Rathenow beträgt der Stundenlohn 1 Mk. gegen 57½ Pfg. am 31. März 1916. In Augsburg und Straubing wurden 5 Pfg. zugelegt, in Starnberg 6 Pfg. In Zittau erhöhte eine Firma den Lohn um 1 Mk. täglich. Diese Verbesserungen konnten nicht allerwärts auf gütlichem Wege erzielt werden; vereinzelt ist es zu Arbeitseinstellungen gekommen, die jedoch nur von ganz kurzer Dauer

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

138. Fortsetzung.

6.

Swidrigailow besuchte an diesem Abend bis gegen zehn Uhr hin eine ganze Anzahl von Restaurants und Lasterhöhlen, sich von einem Orte zum anderen begebend. Er fand dabei auch Kathi, welche heute ein neues Lied sang; es handelte von einem „elenden Tyrannen, welcher

„Kathi hatte küssen wollen“ —

Swidrigailow regalierte Kathi, den Drehorgelspieler, die Sänger, das Dienstpersonal und obenein noch zwei arme Schreiberseelen. Mit den letzteren war er hauptsächlich deshalb bekannt geworden, weil sie beide krumme Nasen hatten; diejenige des einen schaute nach rechts, die des andern nach links. Dies hatte ihn interessiert. Die beiden hatten Swidrigailow mit sich in einen Vergnügungsgarten genommen, woselbst er für sie auch den Eintritt bezahlte. In dem Garten stand eine dünne, dreijährige Tanne und drei Büsche. Dann befand sich ein Salon hier, in Wirklichkeit eine Bierstube, in welcher man indessen auch Tee erhalten konnte und in der mehrere grüne Tischchen und Stühle standen. Eine Gesellschaft schmutzig aussehender Sänger war hier und ein betrunkener Münchener als Harlekin mit roter Nase, welche das Publikum außerordentlich erheiterte. Die beiden Schreiber begannen mit einigen andern Schreibern Streit und arrangierten eine Prügelei, Swidrigailow wurde von ihnen zum Schiedsrichter berufen; dieser suchte eine Viertelstunde hindurch zu schlichten, aber es wurde so geschrien, daß nicht die leiseste Möglichkeit vorhanden war, etwas zu verstehen. Wahrscheinlich war nur, daß einer gestohlen und den gestohlenen Gegenstand einem Juden verkauft hatte, nach dem Verkauf aber keine Lust bezeigte, mit seinem Genossen zu teilen. Es schien als sei der verkaufte Gegenstand ein Teelöffel gewesen, welcher dem Eigentümer des Gartens gehörte. Swidrigailow ersetzte schließlich den Löffel und ging.

Es war gegen zehn Uhr; er hatte noch nicht einen Tropfen Wein getrunken und in dem Garten nur Tee verlangt, diesen aber auch nur der Gewohnheit wegen. Der Abend war schwül und dunkel. Von allen Seiten hatten sich ungeheure Wolkenmassen angehäuft; Donner begann zu rollen und wie ein Wolkenbruch stürzte darauf der Regen hernieder; nicht in Tropfen mehr, sondern in dicken Strähnen. Ein Blitz leuchtete bisweilen auf, so stark, daß man bis fünf zählen konnte während der Dauer des Leuchtens. Durchnäßt bis auf die Haut kam Swidrigailow zu Hause an; er schloß sich ein, öffnete sein Bureau, nahm all' sein Geld aus diesem und zerriß mehrere Papiere. Hierauf steckte er das Geld zu sich; er hatte wohl die Kleidung wechseln wollen, aber nachdem er durch das Fenster geblickt und das Rauschen des Regens gehört, machte er eine abwehrende Handbewegung, ergriff seinen Hut wieder und verließ ohne seine Wohnung zuzuschließen, das Gemach. Er begab sich geradenwegs zu Sonja, welche daheim war.

Sonja war nicht allein; die vier kleinsten Kinder der Kapernaumows saßen im Kreise um sie herum. Sofia Semenowna gab ihnen soeben Tee zu trinken. Schweigend und achtungsvoll begrüßte sie Swidrigailow, blickte verwundert auf dessen durchnäßten Anzug, sprach aber kein Wort. Die Kleinen liefen sofort im größten Schrecken hinaus.

Swidrigailow ließ sich an dem Tische nieder, aber Sonja bat ihn, sich neben sie zu setzen, worauf sie schüchtern wartete, um zu hören.

„Ich werde vielleicht nach Amerika gehen,“ begann Swidrigailow, „und da wir uns deshalb wahrscheinlich zum letztenmal sehen, so bin ich gekommen, um einige Verfügungen zu treffen. Habt Ihr heute jene Dame gesehen? Ich weiß, daß sie mit Euch gesprochen haben wird, eine Bemerkung hierzu ist nicht nötig.“

Sonja machte eine Bewegung und errötete. „Was Eure kleinen Schwestern und den Bruder anlangt, so sind diese endgültig untergebracht, das Geld, welches für sie bestimmt ist, liegt bereits für jedes einzelne Kind gegen Unterschrift versichert in gewissenhaften Händen. Nehmt hier, auf alle Fälle, diese Beglaubigungen an Euch. Hier, nehmt sie! So, das wäre abgemacht. Hier sind ferner drei fünfprozentige Papiere, im ganzen im Betrag von dreitausend Rubeln. Nehmt diese an Euch selbst, ausschließlich an Euch, das mag ganz unter uns bleiben, niemand soll es erfahren, was Ihr auch sonst hören solltet. Es wird Euch nötig sein, denn Ihr sollt nicht mehr, Sofia Semenowna, so in diesem bisherigen Schmutz weiterleben; mehr ist hierzu für Euch nicht erforderlich.“

„Ich bin Euch schon so sehr zur Dankbarkeit verpflichtet, die Waisen und die Verstorbene,“ stammelte hastig Sonja, „daß, wenn ich Euch jetzt zu wenig danke, Ihr es mir nicht verübeln wollt“ —

„Genug, genug!“

„Für dieses Geld, Arkadius Iwanowitsch, bin ich Euch herzlich dankbar, aber ich benötige dessen jetzt in der Tat nicht. Ich werde mich stets allein ernähren, haltet dies nicht für Undankbarkeit. Wenn Ihr denn so wohltätig seid, so gebt dieses Geld“ —

„Euch, Euch, Sofia Semenowna, und zwar ohne besondere Verabredungen; da ich es nie brauche. Ihr habt es aber nötig. Rodion Romanowitsch bleiben zwei Wege! Entweder die Kugel in den Kopf, oder — die Wladimirka!“ Sonja blickte ihn erstaunt an und erschrak. „Beunruhigt Euch nicht, ich weiß alles, von ihm selbst, aber ich bin kein Schwätzer und werde niemand etwas sagen. Ihr habt ihm kürzlich einen guten Rat damit gegeben, daß er hingehen und sich selbst dem Gericht stellen solle. Dies wird für ihn das Vorteilhafteste sein. Nun, sollte auf Verbannung erkannt werden, so seid Ihr wohl bei ihm? Gewiß, gewiß folgt Ihr ihm? Nun, wenn dem so sein sollte, so könnt Ihr das Geld recht nötig brauchen. Für ihn, versteht Ihr? Indem ich es Euch gebe, gebe ich es zugleich auch ihm. Dann habt Ihr wohl auch der Amalie Iwanowna versprochen, ihr alle Schulden abtragen zu wollen? Ich habe so etwas gehört. Was tut Ihr, Sofia Semenowna, daß Ihr solche Kontrakte und Verpflichtungen ohne Ueberlegung auf Euch nehmt? Katharina Iwanowna ist allerdings dieser Deutschen Geld schuldig geblieben, aber Ihr doch nicht, und was habt Ihr Euch um diese Deutsche zu kümmern? So lebt man nicht in der Welt! Nun, sollte Euch einmal jemand fragen — morgen oder übermorgen — nach mir, oder mit Bezug auf mich — und man wird Euch wohl fragen — so erwähnt nicht, daß ich jetzt bei Euch gewesen, und von dem Gelde zeigt weder noch sagt etwas; niemandem! Nun, also auf Wiedersehen!“

Er erhob sich.

„Einen Gruß hinterlasse ich noch an Rodion Romanowitsch. Und noch eins: Hinterlegt das Geld, bis es notwendig wird, einstweilen bei Herrn Rasumichin. Kennt Ihr Rasumichin? Ihr werdet wohl. Er ist ein Mann, bringt es ihm morgen, oder — wenn es Zeit sein wird, bis dahin indessen versteckt es.“

Sonja sprang erschrocken von ihrem Stuhle auf und blickte Swidrigailow an. Es verlangte sie sehr, etwas zu sagen, eine Frage an ihn zu richten, aber sie fand den Mut nicht dazu noch auch nicht die rechten Worte.

„Aber Ihr wollt doch nicht — doch nicht — jetzt in diesem Regen fort?“

„Haha, wer nach Amerika geht, darf sich vor dem Regen nicht fürchten, haha! Leb' wohl mein Liebling Sofia Semenowna! Lebt lange und glücklich, Ihr taugt zu Besserem. Und dann: Sagt Herrn Rasumichin, daß ich ihn grüßen ließ. So, richtet dies aus, sagt: Arkadius Iwanowitsch Swidrigailow grüße ihn.“ — —

Er ging, Sonja erstaunt, erschreckt und von einer unbestimmten, drückenden Besorgnis erfüllt, zurücklassend.

(Fortsetzung folgt.)

waren. In einer Anzahl Zahlstellen hatten die Bemühungen der Zimmerer bisher keinen positiven Erfolg, doch verhalten sich die Unternehmer den Forderungen gegenüber weniger schroff, als der Vorstand des Arbeitgeberbundes. In wieder anderen Zahlstellen liegen bereits Angebote der Unternehmer vor, zu denen noch nicht Stellung genommen werden konnte. Es steht zu hoffen, daß den schon getroffenen Vereinbarungen bald weitere folgen werden; denn der Standpunkt, den der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in dieser Frage einnimmt, wird mit jedem Tage unhaltbarer.

Freunde, Feinde, Neutrale.

Die Welt, die nicht gegen uns ist, wird immer kleiner. Seitdem Bulgarien sich uns angeschlossen hat, nahm die Zahl unserer Freunde nicht mehr zu. Unser äußerlicher Machtausdruck tritt in den nachstehenden Zahlen in Erscheinung, wobei die überseeischen Besitzungen wie auch in den folgenden Tabellen mit einbezogen sind:

	Quadratkilometer	Einwohner
Deutsches Reich	3 455 840	77 208 000
Oesterreich-Ungarn	676 615	51 390 000
Türkei	1 853 980	21 625 000
Bulgarien	114 005	4 767 000
	6 100 440	**154 990 000**

Uns gegenüber stehen:

	Quadratkilometer	Einwohner
England	32 482 946	440 326 000
Rußland	22 840 546	169 374 000
Frankreich	11 114 216	95 154 000
Italien	1 876 792	36 074 000
Belgien	2 394 542	22 493 000
Japan	673 681	72 206 000
Portugal	2 184 710	15 291 000
Serbien	87 303	4 490 000
Montenegro	14 180	435 000
Rumänien	139 693	7 602 000
Vereinigte Staaten	9 693 590	106 722 000
	83 502 169	**970 117 000**

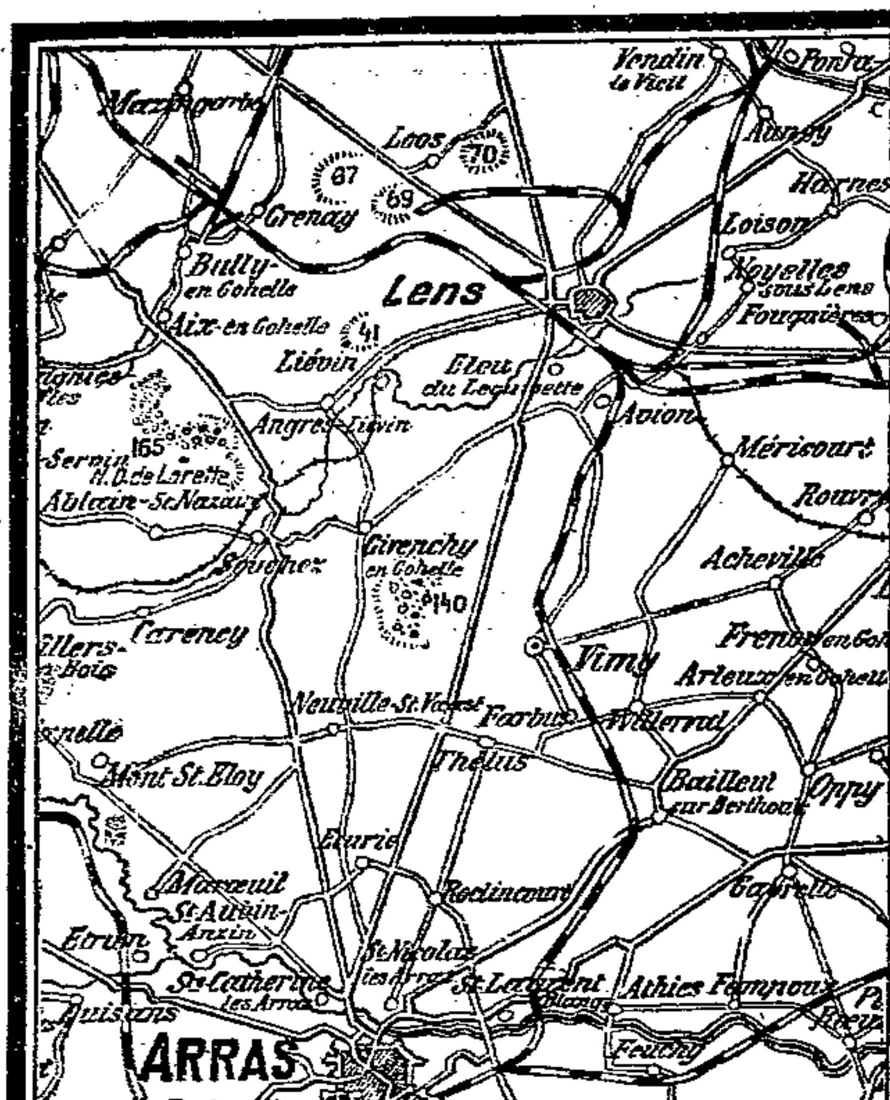
Fast drei Zehntel der bewohnbaren Erdoberfläche (ohne die Polargebiete) ist von dem Krieg direkt ergriffen. Sechs Zehntel der Bevölkerung der Erde führen Krieg gegen ein Zehntel. Von den drei Zehnteln, die übrig bleiben, sind zwei Zehntel durch den Krieg in wichtigsten Lebensäußerungen gefährdet. Auch das letzte Zehntel ist vom Krieg wirtschaftlich in hohem Maße beunruhigt. Dabei rechnen wir zu den letzteren auch Staaten wie Argentinien, deren Schiffahrt, Ausfuhr, Geldwesen, Schuldendienst vom Kriege empfindlich berührt sind. Teilen wir also die vom Kriege nicht direkt betroffenen Staatswesen in stärker und schwächer in Mitleidenschaft gezogene, so müssen wir zu den stärker vom Kriege berührten Neutralen rechnen die nachstehenden.

	Quadratkilometer	Einwohner
Spanien	1 065 058	20 543 000
Griechenland	115 975	4 256 000
China	11 138 900	329 618 000
Persien	1 645 000	9 500 000
Afghanistan	624 000	4 450 000
Unabhängiges Arabien	2 279 000	950 000
Niederlande	2 079 838	44 310 000
Schweden	448 091	5 639 000
Norwegen	322 909	2 358 000
Dänemark	145 512	2 887 000
Uebrige europäische Kleinstaaten zusammen	31 653	1 118 000
Vereinigte Staaten von Brasilien	8 497 540	24 308 000
	26 834 774	**753 702 000**

So bleiben als weniger vom Kriege berührte Neutrale nur noch übrig

	Quadratkilometer	Einwohner
Asiatische Neutrale	966 468	12 202 000
Afrikanische Neutrale	1 215 800	9 500 000
Mexiko	1 985 200	15 446 000
Argentinien	2 789 462	8 700 000
Chile	750 572	3 596 541
Uebriges Süd- u. Mittelamerika	6 985 916	29 781 000
	14 693 418	**79 275 541**

Der bisherige Verlauf des Krieges hat bewiesen daß bis nun die großen Zahlen von Quadratkilometern und Einwohnern bei unseren Gegnern für das militärische Ergebnis nicht den Ausschlag haben. Hieran braucht sich auch in der Zukunft nichts zu ändern. Trotzdem wird es niemand, der nicht in alldeutschen Phantastereien kritiklos politisiert, erfreulich finden, daß Deutschland in der Welt immer isolierter wird, und daß Zahl und vor allem die wirtschaftliche Kraft seiner Feinde zu immer bedenklicherer Größe anwachsen.



Die Schlacht bei Arras

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Stadtrat in Wurzen. Unser Genosse Martin wurde von den Stadtverordneten in Wurzen gegen die Stimmen der Arbeitsgemeinschaftler zum Stadtrat von Wurzen gewählt.

Die sozialdemokratische Presse. In den größeren Städten Rußlands werden nunmehr sozialdemokratische Organe ins Leben gerufen. In Petersburg erschien am Sonnabend, dem 17. März, die erste Nummer des sozialdemokratischen täglichen Blattes „Pravda" (Die Wahrheit), das vom Zentralkomitee der Bolschewikis (Lenin-Gruppe) herausgegeben wird. Auch die Menschewiki (Plechanow-Gruppe) lassen eine Zeitung, „Rabatschaja Gazeta" (Das Arbeiterblatt) erscheinen, und es besteht zurzeit eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien, die ihre Bureaus im selben Hause haben.

Die finnische Presse und Arbeiterbewegung. Der vom „Sozial-Demokraten" nach Helsingfors gesandte Korrespondent meldet über die Folgen der russischen Revolution in Finnland: Die finnische Arbeiterbewegung hat durch die Revolution einen mächtigen Anstoß zur Weiterentwickelung erhalten. Das Hauptorgan der Partei, „Työmies" (Der Arbeiter), das seit einer Reihe von Jahren meist verbreitete tägliche Blatt des Landes, erhöhte innerhalb 5 Tage seine Auflage von 45 000 auf 52 000. In ähnlicher Weise bewegt sich der Zufluß zu den gewerkschaftlichen Organisationen, die übrigens, sowie die der Partei, während des Krieges erheblich zugenommen haben. Die Organisierten wollen nicht länger mit den Unorganisierten zusammenarbeiten. Dies sowie manches andere dürfte wohl die rasche Zunahme der Mitgliederzahl hervorgerufen haben, die so groß ist, daß man in mehreren Gewerkschaften, wie z. B. in den Metall-, Holzarbeiter- und Schriftsetzerverbänden die nötige Anzahl von Mitgliedsbüchern nicht schnell genug gedruckt bekommen kann.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bauunternehmer gegen die Teuerungszulagen. Ein Rundschreiben des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe wird jetzt erst öffentlich bekannt. In dem Schreiben wendet sich diese Unternehmerorganisation gegen die Bewilligung höherer Kriegszulagen bezw. gegen Verhandlungen über die Erhöhung dieser Zulagen. Jede Mehrbewilligung und jede Verhandlung sei mit der Begründung abzulehnen, daß dazu nur die zentralen Organisationen zuständig sind. Die Unternehmerverbände dürften sich keinesfalls darauf einlassen oder selbst anregen, über die Erhöhung der Teuerungszulagen vor den Kriegsamtsstellen zu verhandeln. Weiter wird in dem Schreiben darauf verwiesen, daß die Arbeiter, die fern vom Wohnort ihrer Familie arbeiten und deshalb einen doppelten Haushalt führen, auf Grund des Erlasses des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917 einen Rechtsanspruch auf Zahlung eines Zuschlages von 2 Mark täglich nicht haben. Endlich wird darauf hingewiesen, daß einige Zweigvereine des Bauarbeiterverbandes versucht hätten, der Vereinbarung vom Mai 1916 insofern eine falsche Auslegung zu geben, als sie die in Prozenten des Lohnes festgesetzten Zuschläge für Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit von Lohn- und Teuerungszulagen berechnet haben wollen. Das sei nicht berechtigt, da die Tarifverträge und Tariflöhne unverändert verlängert worden sind und die Teuerungszulagen als besondere Abfindung vereinbart worden ist.

Die Bauunternehmer bestehen also auf ihrem Schein, d. h. auf die zwischen den Organisationen im Mai 1916 getroffenen Vereinbarungen. Sie tragen den seit dieser Zeit erheblich veränderten Verhältnissen keinerlei Rechnung und machen in ihren Kreisen mobil, daß den Arbeitern darüber hinaus keine auch noch so berechtigte Lohnerhöhung gewährt werden sollen.

Protest gegen hohe Löhne! Das Greiz-Geraer Textilgebiet hatte eine gewisse Berühmtheit der niedrigen Löhne halber, die dort gezahlt wurden, erlangt. Die Handelskammer für Reuß ä. L. hat nun offenbar die Befürchtung, die Bevölkerung könnte durch die höheren Löhne, die die Militärverwaltung bezahlt, verwöhnt werden und den Textilbaronen nach dem Kriege „lästig fallen". Angeblich stehen diese Löhne in keinem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit. Nach Ansicht der Handelskammer ist die Ueberwertung solcher Leistungen vom Standpunkte der Interessen des Handels und der Industrie, aber auch der Interessen der Angestellten selbst, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse nach dem Kriege bedenklich. Die Handelskammer beschloß daher, die Fürstliche Landesregierung auf die Folgen dieser hohen Gehaltszahlung aufmerksam zu machen. — Man darf wohl voraussetzen, daß die Militärverwaltung einem Protest dieser Art keine Beachtung schenkt. Von Interesse wäre es, zu wissen, ob etwa die Mitglieder dieser Handelskammer auch Bedenken geäußert haben, gegen die hohen Preise, die ihnen für ihre Produkte von der Heeresverwaltung bewilligt worden sind.

Aus Nah und Fern.

Der Kälterückfall. Heftige Schneestürme sind, wie aus Kassel gemeldet wird, bei ein bis drei Grad Kälte im ganzen niederhessischen Bezirk niedergegangen. Aus dem Sauerland werden fünf Grad und sehr starke Schneefälle gemeldet. In der Rheinebene fällt Schnee. Im Schwarzwald herrschen Schneestürme bei zwei Grad Kälte. Da die Kulturen noch überall weit zurück sind, werden sie durch den Kälterückfall nirgend geschädigt.

Schweres Schiffsunglück auf der Donau. In der Nacht zum Mittwoch stießen auf der Donau bei Teteny ein Personen- und ein Frachtdampfer zusammen. **Etwa 30 Personen sind umgekommen** und etwa 20 verwundet. Die genaue Zahl sowie die Ursache sind noch nicht festgestellt.

Verantwortlicher Redakteur. Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Wie bei den Wahlen auf jede Stimme, so kommt es bei der Kriegsanleihe auf jede Mark an!

Kleines Feuilleton

Dafür!

Ihr fragt, wofür wir uns geschlagen? —
Nicht fürs Vaterland, das laßt euch sagen.
Wie können wir als Vaterland erkennen,
Wovon wir keine Scholle unser eigen nennen!
Die von Ort zu Ort wir ziehn, wie wandernde Herden,
Und zuletzt auf Kündigung begraben werden.
Dafür haben wir uns nicht geschlagen!

Ihr fragt, wofür wir uns geschlagen? —
Nicht für euch, das könt ihr euch selber sagen.
Die ihr uns Licht und Freiheit genommen
Und uns elend ließet im Dunkel verkommen.
Die ihr wuchernd nur sucht eure Habe zu mehren,
Indes die Unsern in Not sich verzehren.
Für euch haben wir uns nicht geschlagen.

Ihr fragt, wofür wir uns geschlagen? —
Für den Baum, den wir leuchtend im Herzen tragen.
Für das Deutschland der Zukunft, drin die Millionen
Glücklich auf eigenem Grunde wohnen,
Sich selber Recht und Gesetze geben,
Jeder für sich, doch dem Ganzen leben!
Dafür haben wir uns geschlagen!

Emil Kaiser †.

Kurz vor seinem Tode sandte Emil Kaiser dieses Gedicht unserem Kölner Parteiblatt. In vielen Herzen wird dieses Bekenntnis lebendigen Widerhall finden.

Der Kreuzestod.

Die Kreuzigung am Kreuze gehört wohl mit zu den allergrausamsten Todesarten, unter denen jemals Menschen hingerichtet worden sind. Mit angenagelten Händen und Füßen und so angeschlagen, daß eine Verblutung nicht eintreten konnte, stundenlang und wohl auch manchmal einen ganzen Tag am Kreuze zu hängen, ohne den ersehnten Tod finden zu können, den nackten Leib den heißen Sonnenstrahlen ausgesetzt, von einem furchtbaren Durst geplagt, das ist eine Strafe, die man sich nur in der Gedankenwelt eines blutgierigen Despoten entstanden denken kann. Bei den Babyloniern, Medern und Persern war der Kreuzestod schon bekannt und wahrscheinlich haben sie diese Todesart von den Assyrern übernommen. Auch die Syrier und Phönizier wandten diese Todesstrafe oft an, und von den Phöniziern und Karthagern dürfte dann die Kreuzigung auch in andere Länder eingedrungen sein. Auch im alten Griechenland war diese Todesart nichts Seltenes, dagegen wurde sie bei den alten Aegyptern in einem geringeren Umfange angewandt. Aber nicht nur Sklaven, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht oder die sich den Zorn ihres Gebieters zugezogen hatten, Aufrührer und Gotteslästerer, wie Jesus nach der Meinung der Juden einer war, wurden durch die Kreuzigung hingerichtet. Vielfach erlitten diesen Tod bei den alten Völkern auch die Kriegsgefangenen. Namentlich solche Krieger, die besonders tapfer gekämpft hatten, wurden, wenn sie dann in die Gewalt des Gegners fielen, durch Kreuzigung hingerichtet. So werden auf einen Machtspruch des Darius nach der Eroberung Babylons 3000 Kriegsgefangene an das Kreuz geschlagen, und auch Alexander der Große ließ Tausende Kriegsgefangene den Kreuzestod sterben. Der letzte Staat des Altertums, in dem die Kreuzigung in großer Zahl vorgenommen wurde, war Rom. War die Kreuzigung vorher mehr eine Strafe, die aus der Willkür von Despoten oder aus Machtsprüchen blutdürstiger, siegreicher Heerführer angewandt ward, so wurde sie im römischen Staat zu einem gesetzlichen Strafmittel. Unter Kaiser Konstantin verschwand der Kreuzestod. In neuerer Zeit blieb nur noch China das Land, in dem Menschen für begangene Uebeltaten den Kreuzestod erlitten.

Die Weltproduktion in Wolle im Jahre 1916.

London, Mitte März. Das Fachblatt „Annual Wool Review" enthält folgende Angaben über die Zahl der Schafe und die Weltproduktion an Wolle im vergangenen Jahre:

	Anzahl der Schafe:	Produktion an Wolle Lbs. = 453 gr.
Vereinigte Staaten	50 039 281	288 777 000
Kanada	2 136 259	11 210 000
Mexiko und Zentralamerika	3 620 810	7 750 000
Argentinien	83 545 931	264 500 000
Uruguay	26 286 296	143 293 000
Das übrige Südamerika	18 574 046	69 620 707
Großbritannien und Irland	27 552 156	121 200 043
Der europäische Kontinent	157 524 920	682 200 000
Asien	93 321 920	273 146 000
Britisch-Südafrika	35 710 843	157 761 470
Das übrige Afrika	25 696 005	49 919 000
Australien	82 011 606	569 775 000
Neu-Seeland	24 465 526	197 266 914
Die Südseeinseln	10 000	100 000
	633 497 579	**2 836 519 134**

Der europäische Kontinent, darunter Skandinavien, hat die meisten Schafe, aber es wird durchschnittlich nur 4,3 englische Pfund Wolle pro Schaf jährlich produziert, gegen 7 Pfund in Australien, das 13 Proz. der Schafe besitzt, aber 20 Proz. der Produkte liefert. Für Neu-Seeland sind die Zahlen 4 bezw. 7 Prozent. (Rußland hat über 46 Millionen Schafe in Europa und zirka 34 Millionen in Asien. Norwegen hatte am 30. September vorigen Jahres 1 281 030 Schafe).

Heiteres.

Aus dem „Simplizissimus". „Kanonier Mitterholzer, Alois, hat sich zum Batterie-Rapport gemeldet." So meldete mir der Batterie-Offizier. „Gut," antwortete ich ihm, „lassen Sie ihn gleich hereinkommen." Und nach wenigen Augenblicken betritt Mitterholzer meinen Unterstand. Mitterholzer ist ein prächtiger Mensch, das Urbild eines bayerischen Gebirglers; seine Kameraden haben ihn wegen seines gelockten Haares den Beinamen „gschnecklta Alisi" gegeben. „Na, Alisi," ermunterte ich ihn, „was ist los?" — „Entschuldigen's da Hea Leidnant," antwortete er, „i hätt holt gern a Urlaub ghabt. I tat mi gern kriegstraun lassn." — „Aha, du Schlawiner," sage ich, „hast ganz gwiß deim Madl a Kind aufghängt?" — „Jawoll, Hea Leidnant," bekennt Mitterholzer, „da Bua is scho zwoa Joa alt." — „Na, Alisi, dös ghöat si a, daß d' as Madl heiratst, also ich befürworte dein Gsuch, und dann kriegst jedenfalls Urlaub. Und dann noch was," füge ich hinzu. „Alisi, du weißt, wir brauchen Kanoniere, also seh zu, daß d' bald einen zweiten Buben kriegst. Wenn's dir recht ist, mach ich dann den Taufpaten." Der Alisi schweigt und dreht verlegen seine Mütze in den Händen. Endlich rafft er sich zusammen und gesteht: „Entschuldigen's da Hea Leidnant, gestan hob i an Briaf von da Marie kriagt, daß diesmal a Madl worn is!"

Wahres Geschichtchen. Auf einer Fahrt in stockfinstrer Nacht stürzt der Wagen mit seinen Begleitern in einen Graben, wobei Soldat Lustig seine Perücke verliert. Ein Geheimnis, das er bis jetzt sorgfältig gehütet hatte. Sein Kamerad erwischt nun beim Umhertasten im Finstern den blanken Schädel und ruft dabei aus: „Mensch, hast du aber ein großes Loch in der Hose!"
(Jugend.)

Kohlrüben. Wie ich heute morgen das Haus verlasse, steht drunten die Portiersfrau mit einer Nachbarin in eifriger Unterhaltung. Ich höre nur die Worte: „Wissen Se, Frau Fritze, ick heb jetzt sechsundneunzig Pfund Kohlrüben im Kella. Jetz' könn' wa det Leben jenießen. (Simplizissimus.)